

Steiermark



Regionales
Entwicklungsprogramm
für die Region
Obersteiermark Ost

LGBL. Nr. 89/2016

Beschluss: 07.07.2016

Rechtskraft: 16.07.2016



Impressum

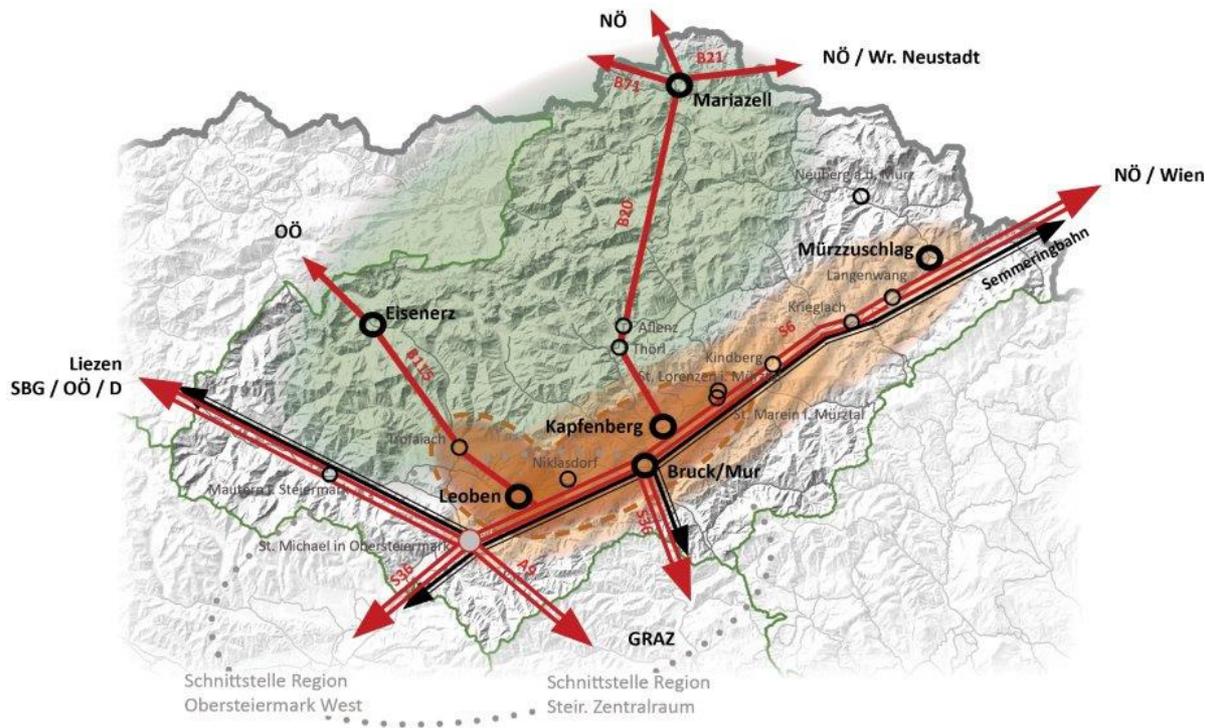
Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Abteilung 17 Landes- und Regionalentwicklung
Trauttmansdorffgasse 2
8010 Graz

Telefon: +43 (0316) 877-3644

E-Mail: abteilung17@stmk.gv.at

1	LEITLINIEN ZUR RAUMENTWICKLUNG	5
2	ZIELSETZUNGEN DER REGION: REGIONALES ENTWICKLUNGSLEITBILD	6
2.1	VISION.....	6
2.2	STRATEGISCHE AUSRICHTUNG	6
3	RAHMENVORGABEN DES LANDES.....	8
3.1	Landesentwicklungsprogramm	8
3.2	Landesentwicklungsleitbild Steiermark.....	8
4	VERORDNUNG UND ERLÄUTERUNGEN	9
5	PLANUNGSGRUNDLAGEN UND METHODIK	28
5.1	Die Region im Überblick	28
5.2	Regionalplan	33
5.3	Zentrale Einrichtungen, Dienstleistungen und Versorgung.....	34
5.4	Siedlungswesen	35
5.5	Industrie und Gewerbe.....	37
5.6	Verkehr	38
5.7	Land- und Forstwirtschaft.....	39
5.8	Freiraumentwicklung/Landschaft.....	40
5.9	Rohstoffgewinnung	43
6	Anhang und Anlagen zur Verordnung.....	45

DIE STRUKTUR DER REGION OBERSTEIERMARK OST



Zentralräume und Entwicklungsachsen – Versorgungsstandorte - Hauptverkehrslinien

1 LEITLINIEN ZUR RAUMENTWICKLUNG

Die Regionen der Steiermark stehen vor verschiedenen Herausforderungen: Einerseits ist in den **Zentralräumen** der Steiermark ein geordnetes Wachstum als Grundlage für Lebensqualität zu organisieren, in **ländlichen Gebieten** steht andererseits die Wirtschaftsentwicklung und Daseinsvorsorge in hoher Qualität und zumutbarer Entfernung für die Bevölkerung vor großen Herausforderungen.

Wachstum und Dynamik vorausdenken – Raumstruktur organisieren

Die Regionalplanung organisiert auf einer übergemeindlichen Ebene die Raumentwicklung in Abstimmung von Wirtschaft und Arbeit, Wohnen, Versorgung, Erholung und der Mobilität als Vernetzungselement.

- Die hochwertigsten Wirtschaftsstandorte und deren Erweiterungspotenziale werden gesichert.
- Mobilitätsoptionen als Rückgrat eines zukunftsfähigen Entwicklungsszenarios bleiben erhalten.
- Zentrale Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen sollen in zumutbarer Entfernung für die gesamte Bevölkerung zur Verfügung stehen.
- Die Lebensqualität in den steirischen Zentralräumen mit einem großen Naherholungsangebot wird nachhaltig gesichert.

Leben und Arbeiten im ländlichen Raum - Daseinsvorsorge für alle

Der ländliche Raum steht mit dem zu erwartenden demographischen Wandel und den gesellschaftlichen Trends vor großen Herausforderungen. Die Entwicklung von Zentren im ländlichen Raum bietet Chancen zur Aufrechterhaltung der hohen Versorgungsqualität und zugleich Raum für Unternehmensentwicklung und Arbeitsplatzbereitstellung.

- **Bündelung** der Raumentwicklung **auf geeignete Standorte** für Wirtschaft und Wohnen.
- Entwicklung von **Zentren für Wohnen und Versorgung**: Regionale Zentren mit hochwertigem Dienstleistungsangebot, teilregionale Zentren als geeignete Wohn- und Wirtschaftsstandorte mit ausreichender Versorgungsqualität.
- Konzentration der Siedlungsentwicklung: effiziente kommunale Infrastrukturbereitstellung und Ankerpunkte für ein Basisangebot mit öffentlichem Verkehr.

Die regionale Ebene bietet in der Steiermark für diese Herausforderungen ein breites Spektrum an Entwicklungsinstrumenten, beginnend bei den Regionalen Entwicklungsleitbildern bis hin zur konkreten Unterstützung von Projekten zur Standortentwicklung, Daseinsvorsorge und Mobilität.

Das regionale Entwicklungsprogramm übernimmt dabei die Flächenvorsorge und sichert räumliche Entwicklungsoptionen.

Zentrales strategisches Instrument der Raumentwicklung auf Regionesebene ist das Regionale Entwicklungsleitbild. Aufbauend auf die **Potenziale der jeweiligen Region** und in Einklang mit den Entwicklungsstrategien des Landes liegen in allen sieben steirischen Regionen Arbeitsprogramme mit Schwerpunktsetzungen und Projekten für fünf bis zehn Jahre vor. Diese sollen in Kooperation mit der Landes- wie auch der Gemeindeebene laufend in Umsetzung gebracht werden.

Auf kommunaler Ebene ergeben sich durch die Umsetzung der **Gemeindestrukturreform** in den Gemeinden neue Handlungsspielräume. Effizientere Infrastrukturbereitstellung, erhöhter Handlungsspielraum für räumliche Entwicklung und Professionalisierung der öffentlichen Verwaltung sollen weiterhin eine hohe Versorgungsqualität in allen Räumen der Steiermark gewährleisten.

2 ZIELSETZUNGEN DER REGION: REGIONALES ENTWICKLUNGSLEITBILD

2.1 VISION

Die Obersteiermark Ost ist die Werkstoffregion der Zukunft. Hier leben die Menschen in einem urbanen Raum und in einer Kulturlandschaft mit Natur und Bergen. Die Verknüpfung von Technologie mit Kultur und Sport bildet die Klammer, die Industrie und Lebensqualität verbindet.

2.2 STRATEGISCHE AUSRICHTUNG



Strategisches Ziel 1: Die industriell-gewerbliche Kernkompetenz weiterentwickeln

- Leitthema 1.1: Standortentwicklung und –marketing AREA m styria
Leitprojekte: „Standortentwicklung AREA m styria“, „UnternehmerInnenforum „Obersteiermark“
- Leitthema 1.2: Forschung und Entwicklung
Leitprojekt: „Zentrum am Berg – Forschungs-, Seminar- und Trainingszentrum mit Schwerpunkt Tunnelsicherheit“
- Leitthema 1.3: Wettbewerbsfähigkeit – Qualifizierte Arbeitskräfte
Leitprojekte: „Langfristorientierung der Bildungsangebote“, „Zuwanderungsmanagement“, „Lebensbegleitende Berufs- und Bildungsorientierung etablieren“, „Stärkung der Frauenerwerbsarbeit“, „Zukunftspotenzial Jugend“

Strategisches Ziel 2: Den Zentralraum entwickeln und die Zentren attraktiv gestalten

- Leitthema 2.1: Lebendige Stadt- und Ortszentren
Leitprojekte: „Stadt- und Ortskernentwicklung – Leerstandsmanagement in Verbindung mit Start ups und Angeboten für Jugendliche“, „Qualitätswohnungsbau durch Pilotprojekte mit Sonderfinanzierung“
- Leitthema 2.2: Stadtregionsentwicklung
Leitprojekte: „S-Bahn Obersteiermark“, „Standortentwicklung AREA m“, „Qualitätswohnungsbau durch Pilotprojekte mit Sonderfinanzierung“, „Evaluierung und Neufassung des Regionalen Verkehrskonzeptes“

- Leitthema 2.3: Dienstleistungen & Kreativwirtschaft

Leitprojekte: „UnternehmerInnentum Obersteiermark“, „Stärkung der Frauenerwerbsarbeit“, „Langfristorientierung der Bildungsangebote“

Strategisches Ziel 3: Die natürlichen und kulturellen Ressourcen der Region nachhaltig in Wert setzen

- Leitthema 3.1: Wertschöpfungspartnerschaften und –ketten in ländlichen Gebieten

In der Region Obersteiermark Ost gibt es bereits gute Beispiele, wie sektorübergreifende Partnerschaften zwischen Landwirtschaft, Kulinarik, Montanindustrie, Tourismus, Sport und Kultur aufgesetzt werden können. Weitere zukünftige Potenziale liegen in der Forstwirtschaft und Holzverarbeitung sowie in den Bereichen Wasserwirtschaft und erneuerbare Energie.

- Leitthema 3.2: Marken & Marketing

Leitprojekt: „Markenentwicklung und Marketing Hochsteiermark“

- Leitthema 3.3: Kultur & Sport

Ein Schwerpunkt Kultur und Sport kann den vollzogenen Wandel zu einer modernen High-Tech-Industrieregion auf der Imageebene optimal unterstützen und die Attraktivität als Wohn- und Lebensstandort erhöhen. Dabei kann auf zahlreiche kulturelle und sportliche Aktivitäten der Region aufgebaut werden.

Strategisches Ziel 4: Den demographischen Wandel managen

- Leitthema 4.1: Basisinfrastruktur der Daseinsvorsorge

Leitprojekte: „Lösungen für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge“, „Umsetzung der regionalen Finanzausgleichsstrategie in Zusammenhang mit dem Finanzausgleich neu“, „Etablierung von Mikro-ÖV-Systemen und regionales Mobilitätsmanagement“

- Leitthema 4.2: Integration & Inklusion

Leitprojekte: „Zuwanderungsmanagement“, „Stärkung der Frauenerwerbsarbeit“

- Leitthema 4.3: Jugend

Leitprojekte: „Zukunftspotenzial Jugend“, „Stadt- und Ortskernentwicklung – Leerstandsmanagement in Verbindung mit Start ups und Angeboten für Jugendliche“

Querschnittsthema 1: Bildung

Leitprojekte: „Langfristorientierung der Bildungsangebote“, „Lebensbegleitende Berufs- und Bildungsorientierung“, „Stärkung der Frauenerwerbsarbeit“, „Zukunftspotenzial Jugend“

Querschnittsthema 2: Mobilität & Verkehr

Leitprojekte: „Evaluierung und Neufassung des Regionalen Verkehrskonzeptes“, „Etablierung von Mikro-ÖV-Systemen und regionales Mobilitätsmanagement“, „S-Bahn-Obersteiermark“

Querschnittsthema 3: Regionsimage, regionale Netzwerke, regionale Strukturen

Leitprojekte: „Imagekampagne für die Obersteiermark Ost nach Innen und Außen“, „Umsetzung der regionalen Finanzausgleichsstrategie in Zusammenhang mit dem Finanzausgleich neu“

3 RAHMENVORGABEN DES LANDES

3.1 Landesentwicklungsprogramm

(LGBl. Nr. 75 / 2009, zuletzt i.d.F. LGBl. Nr. 37/2012)

Im Landesentwicklungsprogramm werden die 7 steirischen Regionen räumlich definiert und bilden damit die Grundlage für die Erstellung der Regionalen Entwicklungsprogramme. Eine wesentliche landesweite Vorgabe ist die Ordnung der Raumstruktur nach dem Konzept der dezentralen Konzentration mit einem abgestuften Netz zentraler Orte. In der Region Obersteiermark Ost werden die Stadtgemeinden Bruck an der Mur, Kapfenberg, Leoben und Mürzzuschlag als Regionale Zentren festgelegt, das sind Orte mit einem öffentlichen und privaten Güter- und Leistungsangebot des gehobenen Bedarfes der Bevölkerung einer Region. Regionale Nebenzentren ergänzen die regionalen Zentren, um das Güter- und Leistungsangebot der regionalen Zentren in allen Regionsteilen sicherzustellen. Die Stadtgemeinden Eisenerz und Mariazell werden als Regionale Nebenzentren in der Region Obersteiermark Ost festgelegt. Teilregionale Zentren des Regionalen Entwicklungsprogrammes gelten als teilregionale Versorgungszentren im Sinne des Landesentwicklungsprogrammes. Das sind Orte mit einem öffentlichen und privaten Güter- und Leistungsangebot des Grundbedarfes der Bevölkerung mehrerer Gemeinden bzw. einer Kleinregion.



Die interkommunale Zusammenarbeit auf der Ebene von Stadtregionen wird derzeit in den Regionen der Steiermark vorbereitet bzw. intensiviert. Eine raumordnungsrechtlich verbindliche Abgrenzung ergibt sich aus diesen Prozessen und soll zum gegebenen Zeitpunkt erfolgen.

Ebenso werden im Landesentwicklungsprogramm die Landschaftsteilräume angeführt, die im Regionalen Entwicklungsprogramm planlich abzugrenzen und Ziele und Maßnahmen dazu festzulegen sind.

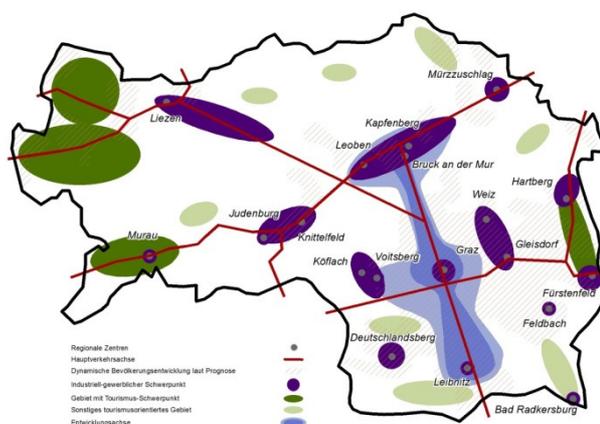
In Ergänzung zum Steiermärkischen Raumordnungsgesetz sind auch die möglichen Vorrangzonen wie z.B. für Siedlungsentwicklung, Industrie und Gewerbe und andere Nutzungen angeführt.

3.2 Landesentwicklungsleitbild Steiermark

(Beschluss der Stmk. Landesregierung vom 18.04.2013, Kenntnisnahme im Landtag Steiermark am 14.05.2013)

Das Landesentwicklungsleitbild als nachhaltige, räumliche Strategie zur Landesentwicklung formuliert die regionalpolitischen Zielsetzungen der Steiermark nach außen gegenüber benachbarten Regionen, Ländern und Staaten, dem Bund sowie Institutionen der Europäischen Union und fungiert als Koordinationsinstrument bei raum-, beziehungsweise regionalpolitisch relevanten Entscheidungen und Maßnahmen der einzelnen Ressorts des Landes.

Mit den Strategiefeldern „Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Steiermark“ und „Lebensqualität der Bevölkerung und natürliche Ressourcen“ bildet es eine Rahmenvorgabe für die Regionen insbesondere bei Erstellung der regionalen Entwicklungsleitbilder.



89. Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 7. Juli 2016, mit der das regionale Entwicklungsprogramm für die Planungsregion Obersteiermark Ost erlassen wird

Auf Grund §§ 11 und 13 des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 2010, LGBl. Nr. 49/2010, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 139/2015, wird verordnet:

§ 1

Geltungsbereich

(1) Das regionale Entwicklungsprogramm gilt für die Planungsregion Obersteiermark Ost, bestehend aus den mit § 1 der Steiermärkischen Bezirkshauptmannschaftenverordnung, LGBl. Nr. 99/2012 in der Fassung LGBl. Nr. 99/2014 festgelegten politischen Bezirken Leoben und Bruck-Mürzzuschlag.

(2) Das Entwicklungsprogramm besteht aus dem Wortlaut und folgenden planlichen Darstellungen:

1. Anlage 1 im Maßstab 1: 50.000 (für die Gemeinden im Geltungsbereich bestehen insgesamt 25 Blätter im Format A3)
2. Anlage 2 im Maßstab 1:100.000 (für die Gemeinden im Geltungsbereich bestehen insgesamt 9 Blätter im Format A3).

(3) In die Verordnung samt Anlagen sowie die Erläuterungen inkl. Umweltbericht kann während der Amtsstunden Einsicht genommen werden:

1. bei den für fachliche und rechtliche Angelegenheiten der Raumordnung zuständigen Dienststellen beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung und bei den Bezirkshauptmannschaften Bruck-Mürzzuschlag und Leoben.
2. bei den Gemeindeämtern (Anlagen 1 und 2 für die jeweils betroffene Gemeinde).

§ 2

Ziele und Maßnahmen für die Planungsregion

(1) Zur vorausschauenden Entwicklung von Wirtschaftsstandorten sind Flächen mit besonderer Eignung für industriell-gewerbliche Nutzungen sowie entsprechende Pufferzonen von störenden Nutzungen freizuhalten. Im Sinne eines regionalen Ausgleiches sollen einzelne Standorte interkommunal entwickelt werden. Erweiterungen bestehender Industriestandorte von landesweiter und internationaler Bedeutung sind im öffentlichen Interesse. Dies gilt insbesondere für Standorte in den Regionalen Zentren

(2) Die zentralen Orte auf regionaler und teilregionaler Ebene sowie die Hauptverkehrsachsen bilden das Grundgerüst der regionalen Siedlungsstruktur. Die räumliche Verteilung und Ausstattung der Zentren mit Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen soll für die Bevölkerung eine hohe Angebotsqualität in guter Erreichbarkeit gewährleisten.

(3) Ökologisch bedeutende Landschaftselemente sind bei allen Planungsvorhaben zu berücksichtigen. Die Durchgängigkeit von ökologischen Korridoren ist zu sichern und die Funktionalität zu verbessern.

(4) Für das Kleinklima, den Luftaustausch und die Luftgüte bedeutsame Bereiche (Frischlufzubringer, klimatologische Vorbehaltsflächen) sind bei allen Planungsmaßnahmen zu berücksichtigen. Die bauliche Nutzung und Gestaltung ist auf die klimatologischen Gegebenheiten auszurichten.

(5) Die räumlichen Voraussetzungen für einen leistungsfähigen Tourismus in der Planungsregion sind zu erhalten und zu verbessern. Für Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bestehen und im Freiland liegen, ist die Festlegung von Bauland in allen Teilräumen gem. § 3 unter Einhaltung folgender Kriterien zulässig:

1. Eine gemeindeweite touristische Gesamtuntersuchung auf Ebene des örtlichen Entwicklungskonzeptes ergibt eine positive Beurteilung hinsichtlich der touristischen Struktur und Entwicklungsperspektive der Gemeinde.
2. Die geplanten baulichen Erweiterungen stehen in räumlichem Zusammenhang mit dem bestehenden Betrieb.
3. Zur Berücksichtigung von Aspekten des Orts- und Landschaftsbildes werden die dafür vorgesehenen geeigneten Instrumente der örtlichen Raumplanung angewendet.

Bei der Dimensionierung der Flächen ist auf eine konkrete Planung des betreffenden Betriebes sowie auf das dafür unbedingt erforderliche Flächenausmaß abzustellen. Die Ausweisung von Flächen für andere Nutzungen im Anschluss ist unzulässig.

(6) Eine flächensparende Siedlungsentwicklung ist durch die Erhöhung des Anteils von flächensparenden Wohnformen (Geschosswohnbau, verdichtete Wohnformen) sicherzustellen. Folgende Grundsätze sind bei der Wohnbaulandbedarfsberechnung einzuhalten:

1. Verwendung der aktuell verfügbaren Bevölkerungsprognose.
2. Zugrunde Legung eines Maximalwertes von 800 m² für die durchschnittliche Fläche von Bauplätzen für Ein- und Zweifamilienhäuser.

(7) Für Verkehrsbauten sowie für Trassen leitungsgebundener Infrastrukturen erforderliche Flächen sind einschließlich der Abstandsflächen sowie Flächen für Schutz-, Entwässerungs- und Ausgleichsmaßnahmen von anderen Nutzungen mit Ausnahme einer Freilandnutzung durch die Land- und Forstwirtschaft (ohne Errichtung von Gebäuden) freizuhalten. Für die konkrete Flächenabgrenzung im Rahmen eines Verfahrens der Örtlichen Raumplanung gilt der zum jeweiligen Zeitpunkt aktuelle Planungsstand beim Amt der steiermärkischen Landesregierung bzw. bei betreffenden Planungsträgern.

§ 3

Ziele und Maßnahmen für die Teilräume

(1) Bergland über der Waldgrenze und Kampfwaldzone:

1. Das hochalpine Erscheinungsbild und die besondere Eingriffssensibilität dieses Teilraumes sind bei allen Planungsmaßnahmen zu berücksichtigen.
2. Die Gewinnung mineralischer Rohstoffe ist unzulässig.

(2) Forstwirtschaftlich geprägtes Bergland:

1. Das charakteristische Erscheinungsbild der Landschaft mit einer engen Verzahnung von Wald und Freiflächen ist zu erhalten.
2. Touristische Nutzungen bzw. Erholungsnutzungen sind im Rahmen der Zielsetzungen dieser Verordnung zulässig. Andere Baulandausweisungen sind mit Ausnahme geringfügiger Ergänzungen bestehender Baulandbereiche unzulässig.

(3) Grünlandgeprägtes Bergland:

1. Das charakteristische Erscheinungsbild der Landschaft mit kleinräumiger Durchmischung von Wald und Grünland ist zu erhalten. Bei der Baukörpergestaltung ist die visuelle Sensibilität dieses Landschaftsraumes besonders zu berücksichtigen.
2. Außerhalb von im Regionalplan bzw. im Rahmen der örtlichen Raumplanung festgelegten Siedlungsschwerpunkten sind folgende Baulandausweisungen unzulässig:

a) Ausweisungen neuer Baugebiete;

b) großflächige Baulanderweiterungen zur Ausweisung neuer Bauplätze.

Zulässig sind Baulanderweiterungen für unbebaute Bauplätze im Ausmaß von maximal 20 Prozent des bestehenden bebauten Baulandes, jedoch jedenfalls im Ausmaß von drei ortsüblichen Bauparzellen für Ein- und Zweifamilienhäuser. Für die Ermittlung des zulässigen Flächenausmaßes ist der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung maßgeblich. Baulanderweiterungen für die Entwicklung rechtmäßig bestehender Betriebe bleiben von der Flächenbeschränkung unberührt.

3. Die Gewinnung mineralischer Rohstoffe ist außerhalb von Rohstoffvorrangzonen unzulässig. Ausgenommen sind landschaftsverträgliche Erweiterungen bestehender Abbaugebiete.

(4) Grünlandgeprägte Becken, Passlandschaften und inneralpine Täler:

Ein zusammenhängendes Netz von großen Freilandbereichen und landschaftsraumtypischen Strukturelementen wie Uferbegleitvegetation, Hecken, Waldflächen, Waldsäumen und Einzelbäumen ist zu erhalten.

(5) Siedlungs- und Industrielandschaften (Agglomerationsräume):

1. Die Siedlungs- und Wohnungsentwicklung ist an den demographischen Rahmenbedingungen und am quantitativen sowie qualitativen Bedarf auszurichten.
2. Der Entwicklung und Verdichtung der Zentren ist gegenüber der Erweiterung Priorität einzuräumen.
3. Siedlungsräume sind für die Wohnbevölkerung durch Erhöhung des Grünflächenanteiles bzw. des Anteils unversiegelter Flächen in Wohn und Kerngebieten zu attraktivieren.

4. Immissionsbelastungen in Wohngebieten sind zu vermeiden bzw. in stark belasteten Gebieten zu reduzieren.

(6) Bergbaulandschaften

Die Bergbaulandschaft des steirischen Erzberges ist in die wirtschaftliche, kulturelle und touristische Entwicklung der Region einzubinden.

§ 4

Gemeindefunktionen

(1) Die Zuweisung der Gemeindefunktion gem. Abs. 2 bezieht sich räumlich jeweils auf den Siedlungsschwerpunkt der Gemeinde aus überörtlicher Sicht gem. § 2 Abs. 1 Z 31 StROG 2010.

(2) Teilregionale Zentren (Teilregionale Versorgungszentren gem. § 3 Abs. 5 Z. 4 Landesentwicklungsprogramm 2009 i.d.F. LGBl. Nr. 37/2012 sowie § 2 Z 2 des Entwicklungsprogramms zur Versorgungs-Infrastruktur 2011 i.d.F. LGBl. Nr. 58/2011) sollen den Grundbedarf an öffentlichen und privaten Gütern und Dienstleistungen für die Bevölkerung mehrerer Gemeinden anbieten. Als Teilregionale Zentren werden festgelegt:

- | | |
|-------------------------|-----------------------------------|
| - Aflenz | - Sankt Barbara im Mürztal |
| - Kindberg | - Sankt Lorenzen im Mürztal |
| - Krieglach | - Sankt Marein im Mürztal |
| - Langenwang | - Sankt Michael in Obersteiermark |
| - Mautern in Steiermark | - Thörl |
| - Neuberg an der Mürz | - Trofaiach |
| - Niklasdorf | |

(3) Die Zuweisung der zentralörtlichen Einstufung betreffend Regionale Zentren und regionale Nebenzentren gem. § 3 Abs. 5 Z 2 und 3 des Landesentwicklungsprogramms 2009, LGBl. Nr. 75/2009, bezieht sich räumlich jeweils auf den Siedlungsschwerpunkt der Gemeinde aus überörtlicher Sicht gem. § 2 Abs. 1 Z 31 StROG 2010.

(4) Regionale Industrie- und Gewerbestandorte: Zur Dokumentation des öffentlichen Interesses der Sicherung der Standortvoraussetzungen für bestehende Betriebe von regionaler Bedeutung bzw. zur langfristigen Sicherung regional bedeutsamer Flächenpotenziale für industriell-gewerbliche Nutzung werden folgende Gemeinden als regionale Industrie- und Gewerbestandorte festgelegt:

- | | |
|--------------------|-----------------------------------|
| - Bruck an der Mur | - Pernegg an der Mur |
| - Eisenerz | - Sankt Barbara im Mürztal |
| - Kapfenberg | - Sankt Lorenzen im Mürztal |
| - Kindberg | - Sankt Michael in Obersteiermark |
| - Krieglach | - Sankt Peter Freienstein |
| - Langenwang | - Thörl |
| - Leoben | - Traboch |
| - Mürzzuschlag | - Trofaiach |
| - Niklasdorf | |

§ 5

Vorrangzonen

(1) Vorrangzonen für Industrie und Gewerbe sind Flächen für Industrie- und Gewerbebetriebe von regionaler bzw. überregionaler Bedeutung. Es gilt folgende Zielsetzung und Festlegung:

1. Sicherung bzw. Mobilisierung der für Industrie- und Gewerbebetriebe von regionaler bzw. überregionaler Bedeutung geeigneten Flächen.
2. Vorrangzonen für Industrie und Gewerbe sind – einschließlich erforderlicher Abstandsflächen – von Widmungs- und Nutzungsarten, die die Realisierung einer industriell/gewerblichen Nutzung verhindern bzw. gefährden, freizuhalten.

(2) Vorrangzonen für die Siedlungsentwicklung sind die im Regionalplan (Anlage 1 zu dieser Verordnung) festgelegten Siedlungsschwerpunkte, allenfalls von Gemeinden im Rahmen der örtlichen Raumplanung festgelegte örtliche Siedlungsschwerpunkte, Bereiche mit innerstädtischer Bedienungsqualität im öffentlichen Personennahverkehr sowie die Bereiche entlang der Hauptlinien des öffentlichen Personennahverkehrs.

1. Für Vorrangzonen für die Siedlungsentwicklung gelten folgende Zielsetzungen:
 - a) Entwicklung einer funktionsdurchmischten, auf bestehende Nahversorgungseinrichtungen und die Möglichkeiten des öffentlichen Personennahverkehrs, Fahrrad- und Fußgängerverkehrs abgestimmten Siedlungsstruktur auf regionaler und Gemeindeebene (Durchmischung der Funktionen Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Erholung zur Wegeminimierung unter Vermeidung bzw. Verringerung gegenseitiger Beeinträchtigungen). B) Erhaltung bzw. Verbesserung der Wohnqualität durch Maßnahmen der Stadt- und Ortsentwicklung und Wohnumfeldverbesserung sowie der Gestaltung des Freiraumes.
 - b) Vorrangige Ausrichtung des Wohnungsneubaues auf Vorrangzonen für die Siedlungsentwicklung.
2. Für Vorrangzonen für die Siedlungsentwicklung gelten folgende Festlegungen:
 - a) Zur flächensparenden Siedlungsentwicklung darf für Baugebiete in ÖV-Bereichen mit innerstädtischer Bedienungsqualität bzw. entlang der Hauptlinien des öffentlichen Personennahverkehrs in den Flächenwidmungsplänen der Gemeinden innerhalb eines 300-Meter-Einzugsbereiches von Haltestellen und vollsortierten Lebensmittelgeschäften die Mindestbebauungsdichte von 0,3 gemäß Bebauungsdichteverordnung i.d.F. LGBl. Nr. 58/2011 nicht unterschritten werden.
 - b) Vorrangzonen für die Siedlungsentwicklung sind von Widmungs- und Nutzungsarten, die eine bestimmungsgemäße Nutzung verhindern bzw. gefährden, freizuhalten.
- (3) Rohstoffvorrangzonen dienen der Sicherung von regional und überregional bedeutenden Vorkommen mineralischer Rohstoffe. Im Rahmen der Zielsetzungen dieser Verordnung gelten für Rohstoffvorrangzonen folgende Festlegungen:
 1. Andere Widmungs- und Nutzungsarten dürfen nur dann festgelegt werden, wenn sie den künftigen Abbau mineralischer Rohstoffe nicht erschweren oder verhindern. Das gilt auch für 300-Meter-Zonen um Rohstoffvorrangzonen.
 2. Für einen Rohstoffabbau in den Rohstoffvorrangzonen sind geeignete – nach Möglichkeit wohngebietsfreie – Verkehrserschließungen sicherzustellen.
- (4) Landwirtschaftliche Vorrangzonen dienen der landwirtschaftlichen Produktion. Darüber hinaus erfüllen sie auch Funktionen des Schutzes der Natur- oder Kulturlandschaft und ihrer Faktoren (ökologische Funktion) sowie des Schutzes von Siedlungsgebieten vor Gefährdungen (Schutzfunktion). Im Rahmen der Zielsetzungen dieser Verordnung gelten für landwirtschaftliche Vorrangzonen folgende Festlegungen:
 1. Sie sind von Baulandausweisungen und Sondernutzungen im Freiland für Erholungs-, Spiel- und Sportzwecke, öffentliche Parkanlagen, Friedhöfe, Kleingartenanlagen, Abfallbehandlungsanlagen, Geländeauffüllungen, Bodenentnahmeflächen (ausgenommen Abbaugelände), Schießstätten, Schieß- und Sprengmittellager und ihre Gefährdungsbereiche und Auffüllungsgebieten freizuhalten. Eine geringfügige Erweiterung von bestehenden Sondernutzungen im Freiland bleibt davon unberührt.
 2. Die Festlegung von Flächen für die Erweiterung von bestehenden Betrieben im Bauland ist zulässig.
 3. In der Stadtgemeinde Kindberg sind im Bereich der landwirtschaftlichen Vorrangzone am Stanzbach Festlegungen, die der Errichtung einer Therme dienen, zulässig. In der Marktgemeinde Neuberg an der Mürz sind im Bereich der landwirtschaftlichen Vorrangzone Festlegungen für touristische Nutzungen zulässig.
- (5) Grünzonen dienen dem Schutz der Natur- oder Kulturlandschaft und ihrer Faktoren (ökologische Funktion) und/oder der Naherholung (Erholungsfunktion). Darüber hinaus erfüllen sie auch Funktionen des Schutzes von Siedlungsgebieten vor Gefährdungen, wie z. B.: Hochwässer (Schutzfunktion). Als Grünzonen gelten auch Uferstreifen in einer Breite von mindestens 20 m an der Mur und 10 m (im funktional begründeten Einzelfall auch mehr als 10m), gemessen ab der Böschungsoberkante, entlang aller anderen natürlich fließenden Gewässern. In diesen Bereichen können für Baulückenschließungen geringen Ausmaßes Ausnahmen gewährt werden. Dabei ist die ökologische Funktion des jeweiligen Uferstreifens zu berücksichtigen. Im Rahmen der Zielsetzungen dieser Verordnung gelten für Grünzonen folgende Festlegungen:
 1. Die Festlegung von Bauland und Sondernutzungen im Freiland für Erwerbsgärtnerien, Kleingartenanlagen, Abfallbehandlungsanlagen, Geländeauffüllungen, Bodenentnahmeflächen, Schießstätten, Schieß- und Sprengmittellager und ihre Gefährdungsbereiche, Tierhaltungsbetriebe, Lagerplätze und Auffüllungsgebiete sind unzulässig.

2. Bei Festlegung von Sondernutzungen ist auf die Vermeidung von großflächigen Versiegelungen sowie über den Gebietscharakter hinausgehende Immissionen zu achten.
3. Grünzonen gelten als Ruhegebiete gemäß Mineralrohstoffgesetz, BGBl. I Nr. 38/1999 i.d.G.F. Die Erweiterung bestehender Abbaugebiete ist zulässig.

§ 6

Touristische Siedlungsschwerpunkte

(1) Jede Gemeinde kann maximal zwei Siedlungsschwerpunkte für touristische Nutzungen (Touristische Siedlungsschwerpunkte) für Bereiche, die ausschließlich oder überwiegend diesen Nutzungen vorbehalten sind, festlegen. Gemeinden der Ortsklasse A gemäß Steiermärkischem Tourismusgesetz 1992 i.d.F. LGBl. Nr. 57/2014 können auch mehr als zwei Siedlungsschwerpunkte für touristische Nutzungen festlegen.

(2) In neu geschaffenen Gemeinden gemäß §§ 8, 9 oder 10 der Steiermärkischen Gemeindeordnung 1967 i.d.F. LGBl. Nr. 131/2014 ist vor Ausweisung von einem oder mehreren touristischen Siedlungsschwerpunkten eine gemeindeweite touristische Gesamtuntersuchung zu erstellen. Daraus ist eine für die Gemeinde angemessene Anzahl von touristischen Siedlungsschwerpunkten abzuleiten, wobei die Anzahl die Summe der zulässigen touristischen Siedlungsschwerpunkte vor Inkrafttreten der Gemeindevereinigung nicht überschreiten darf.

§ 7

Planliche Darstellungen

(1) In den Anlagen zu dieser Verordnung werden folgende Inhalte räumlich abgegrenzt:

1. Anlage 1 „Regionalplan“: Vorrangzonen gemäß § 5 sowie Ersichtlichmachungen;
2. Anlage 2 „Landschaftsräumliche Einheiten“: Teilräume gemäß § 3.

(2) Wenn die Grenzlinie zwischen zwei Teilräumen gemäß § 3 eine kleinräumig einheitliche Struktur durchschneidet, gelten für die gesamte kleinräumig zusammenhängende Struktur die Ziele und Maßnahmen jener Einheit, der die Struktur größtenteils zugeordnet werden kann. Diese Bestimmung gilt nur für zusammenhängende Strukturen in einer Bandbreite von maximal 200 m Entfernung zur festgelegten Grenzlinie.

(3) In Fällen, in denen Vorrangzonen nicht durch eindeutige Strukturlinien (wie z. B. Waldränder, Gewässer, Straßen und Wege) begrenzt werden, hat ihre konkrete Abgrenzung im Rahmen der Zielsetzungen dieser Verordnung durch die örtliche Raumplanung der Gemeinden zu erfolgen. Dabei sind kleinräumige Ergänzungen in der Größenordnung einer ortsüblichen Bauplatztiefe (Bauplatz für Ein- und Zweifamilienhäuser) zulässig. Diese Abgrenzung ist auch dann durchzuführen, wenn Vorrangzonen eines außer Kraft getretenen Regionalplanes bereits im Entwicklungsplan der Gemeinde ersichtlich gemacht wurden.

(4) Die Festlegung von Baugebieten für industriell-gewerbliche Nutzungen ist (auch wenn die Bereiche durch Verkehrsflächen getrennt sind) im Anschluss an Vorrangzonen für Industrie und Gewerbe auf Flächen, die im Regionalplan als landwirtschaftliche Vorrangzonen ausgewiesen sind, zulässig, wenn

1. in der Vorrangzone für Industrie und Gewerbe keine Flächenreserven bestehen,
2. dies zur Erweiterung von bestehenden Betrieben oder die Ansiedlung von Betrieben mit Synergien zu Betrieben der Vorrangzone erforderlich ist,
3. diese Bereiche mit der Vorrangzone in einem funktionellen räumlichen Zusammenhang stehen und
4. eine Baugebietsfestlegung aus Gründen des Orts-, Straßen- und Landschaftsbildes nicht ausgeschlossen ist.

Diese Baugebiete müssen dieselbe Standortqualität wie die Vorrangzone aufweisen. Sie gelten als Vorrangzonen für Industrie und Gewerbe im Sinne dieser Verordnung.

(5) Die Siedlungsschwerpunkte (Vorrangzonen für die Siedlungsentwicklung gemäß § 5 Abs. 2) sind im Regionalplan durch Punktsignaturen festgelegt. Ihre konkrete Abgrenzung hat im Rahmen der Zielsetzungen dieser Verordnung durch die örtliche Raumplanung der Gemeinden im Entwicklungsplan des Örtlichen Entwicklungskonzeptes zu erfolgen. Sofern Siedlungsschwerpunkte eines Regionalplanes bereits im Entwicklungsplan einer Gemeinde ersichtlich gemacht und abgegrenzt wurden, sind diese von der Gemeinde zu überprüfen und gegebenenfalls gem. § 8 Abs. 1 und 2 an diese Verordnung anzupassen.

§ 8

Übergangsbestimmungen

(1) Das örtliche Entwicklungskonzept und der Flächenwidmungsplan der Gemeinden sind spätestens im Rahmen der nächsten Änderung gemäß § 42 des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 2010 i.d.F. LGBl. Nr. 139/2015 (Revision) an diese Verordnung anzupassen.

(2) Das örtliche Entwicklungskonzept und der Flächenwidmungsplan der Gemeinden sind bei Änderungen im erforderlichen Ausmaß an diese Verordnung anzupassen.

(3) Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung anhängige Planungsverfahren können nach der bisher geltenden Rechtslage zu Ende geführt werden, sofern zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung der Beschluss über die Auflage gemäß § 24 Abs. 1 bzw. § 38 Abs. 1 StROG 2010 bereits gefasst wurde.

(4) Bestehende Festlegungen in Flächenwidmungsplänen innerhalb von Teilräumen gemäß § 3 bzw. Vorrangzonen gemäß § 5 bleiben von den Bestimmungen dieser Verordnung unberührt.

§ 9

Überprüfung

Diese Verordnung ist spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten zu überprüfen und gegebenenfalls zu überarbeiten.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag, das ist der 16. Juli 2016, in Kraft.

§ 11

Außerkräfttreten

Mit Inkrafttreten dieser Verordnung treten folgende Verordnungen der Steiermärkischen Landesregierung außer Kraft:

1. Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung, mit der ein regionales Entwicklungsprogramm für die Planungsregion (politischer Bezirk) Bruck an der Mur (LGBl. Nr. 5/2005), erlassen wurde,
2. Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung, mit der ein regionales Entwicklungsprogramm für die Planungsregion (politischer Bezirk) Leoben (LGBl. Nr. 4/2005 i.d.F. 32/2007), erlassen wurde,
3. Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung, mit der ein regionales Entwicklungsprogramm für die Planungsregion (politischer Bezirk) Mürzzuschlag (LGBl. Nr. 6/2005), erlassen wurde.

Für die Steiermärkische Landesregierung:

Landeshauptmann Schützenhöfer

Vorblatt

Ziel(e)

- Herstellung der Widerspruchsfreiheit des regionalen Entwicklungsprogrammes im Verhältnis zu den Festlegungen des Landesentwicklungsprogramms 2009 (aufgrund Änderung der Planungsregionen) und Anpassung des regionalen Entwicklungsprogrammes an die durch die Gemeindestrukturreform geänderten Gemeindegebiete.
- Herstellung gleichlautender Bestimmungen für gleichartige Regelungsinhalte in den einzelnen Regionalen Entwicklungsprogrammen.

Inhalt

Das Vorhaben umfasst hauptsächlich folgende Maßnahme(n):

- In der Verordnung werden zentrale Orte der teilregionalen Stufe festgelegt (Regionale Zentren sind im Landesentwicklungsprogramm 2009 festgelegt).
- Im Regionalplan werden Vorrangzonen für überörtlich bedeutsame
 - a) Baulandnutzungen (Industrie und Gewerbe, Siedlungsschwerpunkte) und
 - b) Freilandnutzungen (Landwirtschaft, Ökologie, Rohstoffabbau)festgelegt.
- Für bestimmte Teilräume der Planungsregionen werden Maßnahmen zur Konzentration der Siedlungsentwicklung festgelegt.
- Zur Dokumentation raumrelevanter Planungen werden Verkehrsplanungen (Straße/Schiene) ersichtlich gemacht.

Finanzielle Auswirkungen auf den Landeshaushalt und andere öffentliche Haushalte:

Die beabsichtigte Regelung hat voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen.

Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern und die gesellschaftliche Vielfalt:

In Richtung Gleichstellung von Frauen und Männern im Sinne einer Attraktivierung des ländlichen Raumes als Lebensraum wirken die Etablierung von Teilregionalen Zentren und die Entwicklung von Siedlungsschwerpunkten. Dadurch wird ein Beitrag geleistet, dass für alle Bevölkerungsgruppen eine hochwertige Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen in guter Erreichbarkeit gegeben ist.

Verhältnis zu den Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Die vorgesehenen Regelungen fallen nicht in den Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Union.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Der Konsultationsmechanismus zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden erfolgt auf Basis der Verfahrensbestimmungen gem. §14 StROG 2010.

Erläuterungen

I. Allgemeiner Teil mit Wirkungsorientierter Folgenabschätzung

Vorhabensprofil

Bezeichnung des Regelungsvorhabens: Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung, mit der das Regionale Entwicklungsprogramm für die Planungsregion Obersteiermark Ost erlassen wird.

Einbringende Stelle: Abteilung 17 Landes- und Regionalentwicklung

Laufendes Finanzjahr: 2016

Jahr des Inkrafttretens/Wirksamwerdens: 2016

Beitrag zu Wirkungsziel im Landesbudget:

Das Vorhaben trägt zu folgenden Wirkungszielen bei:

Bereich Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Michael Schickhofer, Bereichsziel Nr. 1

Globalbudget Landes- und Regionalentwicklung, Globalbudget-Wirkungsziel 1-1 „*Der Standort Steiermark ist für alle Steierinnen und Steirer durch nachhaltiges Ressourcenmanagement und abgestimmte Planungen und Entwicklungen ein attraktiver Lebens- und Wirtschaftsraum.*“

Problemanalyse

Anlass und Zweck, Problemdefinition:

Gemäß § 11 Abs. 1 StROG 2010 hat die Landesregierung in Durchführung der überörtlichen Raumordnung durch Verordnung Entwicklungsprogramme zu erstellen bzw. fortzuführen. Mit dieser Verordnung für die Planungsregion Obersteiermark Ost (gem. Landesentwicklungsprogramm 2009) werden die bisherigen Regionalen Entwicklungsprogramme für die Planungsregionen Bruck an der Mur (LGBl. Nr. 5/2005), Leoben (LGBl. Nr. 4/2005 i.d.F. 32/2007) Mürzzuschlag (LGBl. Nr. 6/2005) fortgeführt.

Auslösend für die Fortführung sind folgende geänderte Planungsvoraussetzungen:

1. Mit der Neufassung des Landesentwicklungsprogramms 2009 (LGBl. Nr. 75/2009 zuletzt i.d.F. LGBl. Nr. 37/2012) wurden die Planungsregionen neu festgelegt (davor: Planungsregionen Bezirk Bruck an der Mur, Bezirk Leoben und Bezirk Mürzzuschlag). Es erfolgt somit eine Herstellung der Widerspruchsfreiheit zu den Festlegungen des Landesentwicklungsprogramms.
2. Aufgrund der Gemeindestruktureform ergeben sich geänderte Gemeindegebiete, weshalb Anpassungsbedarf in den Vorgaben der überörtlichen Raumplanung für die kommunale Ebene (örtliche Raumplanung) besteht. Diese Anpassungen zielen im Wesentlichen auf eine inhaltliche Kontinuität trotz geänderter Gemeindestruktur ab.
3. Die Entwicklungsprogramme in den einzelnen Planungsregionen der Steiermark wurden in einem Zeitrahmen von 5 Jahren (2004 bis 2009) rechtskräftig. Dabei ergaben sich auf Basis vermehrter Vollzugspraxis laufend geringfügige Adaptierungen von grundsätzlich gleichlautenden Regelungsinhalten. Zielsetzung dieses Entwicklungsprogramms (sowie aller Entwicklungsprogramme in der aktuellen landesweiten Fortführung) ist die Herstellung gleichlautender Bestimmungen für gleichartige Regelungsinhalte.
4. Vollzugspraxis: Im Zuge der behördlichen Prüfungen der örtlichen Raumplanung während der Geltungsdauer der bisherigen Regionalen Entwicklungsprogramme wurden wiederkehrende Einwendungs- und Versagungspunkte festgestellt. Durch geringfügige Adaptierungen und fachlich zweckmäßige Ausnahmebestimmungen sollen häufige Konfliktpunkte unter Einhaltung der Zielsetzungen des Entwicklungsprogramms bereinigt werden.

Die Gemeinden haben die Inhalte des Regionalen Entwicklungsprogramms im Zuge ihrer örtlichen Raumplanung einzuarbeiten. Durch die Rechtskraft dieser Verordnung entstehen für die Gemeinden kein unmittelbarer Anpassungsbedarf bzw. keine zusätzlichen Kosten. Anpassungen haben wie bisher bei Änderungen der Örtlichen Entwicklungskonzepte und Flächenwidmungspläne im erforderlichen Ausmaß, bei Revisionen für das gesamte Gemeindegebiet, zu erfolgen.

Von der Gemeindestrukturreform betroffene Gemeinden haben gem. § 42a StROG 2010 innerhalb von fünf Jahren ab Wirksamwerden der Gebietsänderung (1.1.2015) ein örtliches Entwicklungskonzept und einen Flächenwidmungsplan zu erstellen. Voraussetzung für diese Verfahren sind die mit dieser Verordnung umgesetzten Anpassungen.

Nullszenario und allfällige Alternativen:

Ohne Anpassung der Regelungen der bisher rechtskräftigen Entwicklungsprogramme ergeben sich aufgrund der Gemeindestrukturreform rechtliche Spielräume, die im Widerspruch zu den Grundsätzen und Zielen des StROG 2010 stehen.

Weiters würde keine Herstellung gleichlautender Bestimmungen für gleichartige Regelungsinhalte (i.S. der Gleichbehandlung aller Gemeinden der Steiermark) erfolgen.

Ziele

Ziel 1: Herstellung der Widerspruchsfreiheit des regionalen Entwicklungsprogrammes im Verhältnis zu den Festlegungen des Landesentwicklungsprogramms und Anpassung an die neuen Gemeindegebiete

Beschreibung des Ziels:

Mit der Neufassung des LEP 2009 wurden die Planungsregionen neu festgelegt (davor: Planungsregionen Bezirk Bruck an der Mur, Bezirk Leoben und Bezirk Mürzzuschlag). Es erfolgt somit eine Herstellung der Widerspruchsfreiheit zu den Festlegungen des Landesentwicklungsprogramms. Aufgrund der Gemeindestrukturreform ergeben sich geänderte Gemeindegebiete, weshalb Anpassungsbedarf in den Vorgaben der überörtlichen Raumplanung für die kommunale Ebene (örtliche Raumplanung) besteht.

Wie sieht Erfolg aus:

Ausgangszustand Zeitpunkt der WFA	Zielzustand Evaluierungszeitpunkt
Die Regionalen Entwicklungsprogramme der Planungsregionen Bruck an der Mur, Leoben, und Mürzzuschlag entsprechen nicht den Festlegungen des geltenden Landesentwicklungsprogramms.	Die Regionalen Entwicklungsprogramme der Planungsregionen Bruck an der Mur, Leoben, und Mürzzuschlag (nunmehr Planungsregion Obersteiermark Ost) entsprechen den Festlegungen des geltenden Landesentwicklungsprogramms.

Ziel 2: Herstellung gleichlautender Bestimmungen für gleichartige Regelungsinhalte in den einzelnen regionalen Entwicklungsprogrammen

Beschreibung des Ziels:

Die Entwicklungsprogramme in den einzelnen Planungsregionen der Steiermark wurden in einem Zeitrahmen von 5 Jahren (2004 bis 2009) rechtskräftig. Dabei ergaben sich auf Basis vermehrter Vollzugspraxis laufend geringfügige Adaptierungen von grundsätzlich gleichlautenden Regelungsinhalten. Diesen Erfahrungen soll nunmehr durch entsprechende Bestimmungen Rechnung getragen werden.

Wie sieht Erfolg aus:

Ausgangszustand Zeitpunkt der WFA	Zielzustand Evaluierungszeitpunkt
Gleichartige Regelungsinhalte sind in den einzelnen Regionalen Entwicklungsprogrammen derzeit noch teilweise unterschiedliche geregelt.	In allen Regionalen Entwicklungsprogrammen bestehen für gleichartige Regelungsinhalte auch einheitliche Regelungen.

Maßnahmen

Maßnahme(nbündel) 1: Neufestlegung der räumlich-funktionellen Entwicklungsziele auf Regionsebene sowie für landschaftscharakteristische Teilräume unter Berücksichtigung der neuen Regionsstruktur und Gemeindegebiete

Beschreibung der Maßnahme/des Maßnahmenbündels:

Mit dieser Verordnung werden zentrale Orte der teilregionalen Stufe festgelegt (Regionale Zentren sind im LEP 2009 festgelegt).

Im Regionalplan werden Vorrangzonen für überörtlich bedeutsame

- Baulandnutzungen (Industrie und Gewerbe, Siedlungsschwerpunkte) und
- Freilandnutzungen (Landwirtschaft, Ökologie, Rohstoffabbau) festgelegt

Für bestimmte Teilräume der Planungsregionen werden Maßnahmen zur Konzentration der Siedlungsentwicklung festgelegt.

Zur Dokumentation raumrelevanter Planungen werden Verkehrsplanungen (Straße/Schiene) ersichtlich gemacht.

Umsetzung von Ziel 1 und 2

Wie sieht Erfolg aus:

Ausgangszustand Zeitpunkt der WFA	Zielzustand Evaluierungszeitpunkt
Die Verordnungen der örtlichen Raumplanung entsprechen den Regionalen Entwicklungsprogrammen für die Planungsregionen Bruck an der Mur, Leoben, und Mürzzuschlag.	Die Verordnungen der örtlichen Raumplanung entsprechen dem Regionalen Entwicklungsprogramm für die Planungsregion Obersteiermark Ost.

Interne Evaluierung

Zeitpunkt der internen Evaluierung: spätestens 2021

Finanzielle Auswirkungen auf den Landeshaushalt und andere öffentliche Haushalte:

Die beabsichtigte Regelung hat voraussichtlich keine Auswirkungen.

Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern und die gesellschaftliche Vielfalt:

In Richtung Gleichstellung von Frauen und Männern im Sinne einer Attraktivierung des ländlichen Raumes als Lebensraum wirken die Etablierung von Teilregionalen Zentren und die Entwicklung von Siedlungsschwerpunkten. Dadurch wird ein Beitrag geleistet, dass für alle Bevölkerungsgruppen eine hochwertige Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen in guter Erreichbarkeit gegeben ist.

Besonderer Teil

Nachstehend sind die Erläuterungen zu den einzelnen Paragraphen der Verordnung angeführt. Der Anhang enthält die nach dem StROG 2010 erforderliche strategische Umweltprüfung mit Umweltbericht.

Der Inhalt des Regionalen Entwicklungsprogramms orientiert sich an den Vorgaben des § 13 StROG 2010.

Zu § 1:

Das Regionale Entwicklungsprogramm umfasst als räumlichen Geltungsbereich die Region Obersteiermark Ost, bestehend aus den politischen Leoben und Bruck-Mürzzuschlag. Der Bezug auf die Bezirkshauptmannschaftenverordnung in der angeführten Fassung, die am 1. Jänner 2015 in Kraft getreten ist, war notwendig, um sowohl die erfolgten Bezirksfusionen, als auch die Änderungen durch die Gemeindestrukturreform zu erfassen. Sinngemäß handelt es sich um die Region nach § 2 Z. 2 des Landesentwicklungsprogrammes (LEP). Im LEP wurde der Wechsel des bisherigen Geltungsbereichs der Regionalen Entwicklungsprogramme von den politischen Bezirken zur Ebene der 7 Regionen in der Steiermark vollzogen. Somit werden mit diesem Regionalen Entwicklungsprogramm für die Planungsregion Obersteiermark Ost die Regionalen Entwicklungsprogramme für die Bezirke Bruck an der Mur und Mürzzuschlag (nunmehr Bezirk Bruck-Mürzzuschlag) und Leoben fortgeführt bzw. ersetzt.

Zu § 1 Abs. 2:

Das Regionale Entwicklungsprogramm besteht aus dem Verordnungswortlaut und den ebenso verbindlichen planlichen Darstellungen

1. in Anlage 1 im Maßstab 1: 50.000 mit den Festlegungen gem. § 5 dieser Verordnung (Vorrangzonen) sowie mit Ersichtlichmachung von Planungskorridoren und Hauptlinien des öffentlichen Verkehrs;
2. in Anlage 2 im Maßstab 1:100.000 mit den Festlegungen gem. § 3 dieser Verordnung (Teilräume).

Ergänzt wird der rechtsverbindliche Teil um die Erläuterungen sowie einen Umweltbericht (siehe Beilage zu den Erläuterungen).

Die Kundmachung dieser Verordnung samt Anlagen erfolgt elektronisch. Dies erfordert eine Teilung der Pläne in Teilblätter für das Papierformat DIN A3 sowie die Einführung eines Blattschnittes. Den Gemeinden der Planungsregion werden zur Information die für das jeweilige Gemeindegebiet relevanten Blätter übermittelt, in das gesamte Konvolut kann bei den Bezirkshauptmannschaften Bruck-Mürzzuschlag und Leoben sowie bei den für fachliche und rechtliche Angelegenheiten der Raumordnung zuständigen Dienststellen des Amtes der steiermärkischen Landesregierung Einsicht genommen werden.

Ergänzend wird das Entwicklungsprogramm auch elektronisch auf dem Raumplanungsserver des Landes Steiermark unter www.raumplanung.steiermark.at veröffentlicht.

Für Zwecke des Überblicks ist die Bereitstellung von Gesamtplänen im Dateiformat PDF im Internet nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten geplant.

Zu § 2:

In § 2 werden Ziele und Maßnahmen für die gesamte Planungsregion festgelegt.

Zu § 2 Abs. 1:

In allen Regionen der Steiermark bestehen gute Standortvoraussetzungen für die Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen. Diese liegen in der Regel an hochrangigen Verkehrsachsen und in einem günstigen Umfeld mit geringem Konfliktpotenzial. Viele Gemeinden abseits der Hauptverkehrsachsen können lagebedingt diese Standortvoraussetzungen nicht anbieten und haben somit geringere Chance zur Ansiedelung neuer Betriebe bzw. Arbeitsplätze in ihrem Gemeindegebiet.

Modelle der interkommunalen Standortentwicklung erlauben eine von mehreren Gemeinden getragene Investition in Infrastruktur, Vermarktung und Betrieb von Wirtschaftsstandorten sowie eine entsprechende Aufteilung der Kommunalsteuereinnahmen. Dabei können periphere Gemeinden hohe Investitionen in Gewerbestandortentwicklung mit geringer Erfolgswahrscheinlichkeit vermeiden. Die Standortgemeinde hochwertiger Industrie- und Gewerbeflächen profitiert im Gegenzug von der Aufteilung des Investitionsrisikos der Vorleistungen für die Bereitstellung hochwertiger Infrastruktur auf mehrere Gemeinden.

Interkommunaler Standortentwicklung trägt somit sowohl zur Umsetzung der Raumordnungsgrundsätze (z. B. sparsamer Flächenverbrauch) als auch einzelner Raumordnungsziele bei (vgl. § 3 Abs. 2 Z 1 und 2 StROG 2010).

In der Obersteiermark Ost besteht eine hohe Dichte von Industriestandorten von landesweiter bis internationaler Bedeutung. Diese Standorte sind für die Entwicklung der Region von besonderer Bedeutung (vgl. Regionales Entwicklungsleitbild der Region Obersteiermark Ost). Die Sicherung der Standorte und deren Erweiterungsmöglichkeiten stehen daher im öffentlichen Interesse. Besondere Standortgunst besteht in den Regionalen Zentren mit hochrangigen Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen.

Zu § 2 Abs. 2:

Die Versorgungsqualität mit zentralen Dienstleistungen und Einrichtungen ist abhängig vom Angebot in den zentralen Orten (vgl. § 4 sowie § 3 LEP 2009) und der Erreichbarkeit der Einrichtungen für die Bevölkerung. Durch Ausrichtung der Siedlungsentwicklung an Bereiche mit guter Verkehrsanbindung (Individualverkehr und öffentlicher Verkehr) erhöht sich die durchschnittliche Versorgungsqualität.

Zu § 2 Abs. 3:

Diese Bestimmung stellt eine Konkretisierung des Raumordnungszieles gem. § 3 Abs. 2 Z 4 StROG 2010 betreffend ökologische Strukturen dar. Von dieser Bestimmung sind nicht nur Biotop erfasst, die in Biotopkartierungen des Landes oder anderer Planungsträger erfasst wurden, sondern alle Biotop, die in der Natur tatsächlich vorhanden sind. Da sich die Funktionalität ökologischer Strukturen durch ihre Vernetzung verbessert, werden von dieser Bestimmung auch Vernetzungselemente wie Hecken, Baumreihen und Alleen etc. erfasst.

Für Maßnahmen zur großräumigen ökologischen Vernetzung, deren Wirksamkeit in vielen Fällen die Grenzen einzelner Gemeinden überschreiten, werden im Regionalplan ökologisch bedeutsame Korridore ersichtlich gemacht. Im Rahmen der örtlichen Raumplanung wie auch in anderen raumrelevanten Planungen (z. B. Planung von Infrastrukturtrassen) ist die Durchgängigkeit und Funktionalität der Korridore in erster Linie für die Wanderung von Tierarten sicherzustellen und zu verbessern. Als Beispiel für geeignete Maßnahmen können die Freihaltung der Zugangsbereiche zu Engstellen wie Autobahnunterführungen oder Brücken, ausreichende breite Talquerungsmöglichkeiten und die Vermeidung von störenden Nutzungen (z. B. Hundeschleppplätze) im Nahbereich der Korridore angeführt werden.

In den aktuellen Waldentwicklungsplänen der Landesforstdirektion des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung sind unter dem Titel „Lebensraumkorridore“ weiterführende Informationen mit detaillierter Beschreibung und Darstellung einzelner Korridore enthalten.

Zu § 2 Abs. 4:

Aufgrund der in der Regel überörtlichen Wirksamkeit von Maßnahmen, die für das Kleinklima oder den Luftaustausch von Bedeutung sind, wird die Berücksichtigung dieser Faktoren bei allen Planungsmaßnahmen für die Gemeinden sowie allgemein für Planungsträger festgelegt. Als Fachgrundlage können dafür die im GIS-Steiermark digital abrufbaren Klimateignungskarten herangezogen werden.

Zu § 2 Abs. 5:

Generell ist die Ausweisung von neuen Baugebieten in isolierter Lage unter dem Gesichtspunkt der Zersiedelung zu vermeiden. In diesem Zusammenhang stellen Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe, die sich im Freiland entwickelt haben und in vielen Fällen als Stützpunkte des sanften Tourismus angesehen werden können, eine Besonderheit dar. Buschenschenken und landwirtschaftliche Betriebe mit Urlaub am Bauernhof sind unter diesem Gesichtspunkt Gastronomie- und Beherbergungsbetrieben gleichzusetzen. Um sich betrieblich bzw. baulich erweitern zu können, ist für eine entsprechende Baugenehmigung eine geeignete Flächenwidmung erforderlich. Die hierfür notwendige raumordnungsrechtliche Ausnahme wird mit der Bestimmung in Abs. 5 ermöglicht.

Voraussetzung für die Ausweisung eines oder mehrerer isolierter Gebiete ist eine gemeindeweite touristische Gesamtuntersuchung. Darin sind die touristische Struktur sowie die räumlichen Entwicklungsschwerpunkte der Gemeinde darzulegen und das / die Vorhaben zu beurteilen. Nähere Erläuterungen dazu ergeben sich aus der Richtlinie für die Festlegung touristischer Siedlungsschwerpunkte.

Die Bestimmung in §2 Abs. 5 kann nur für Erweiterungsvorhaben in räumlichem Zusammenhang mit Gebäuden des bestehenden Betriebes angewendet werden. Neue Bauführungen in isolierter Lage sind ausgeschlossen.

Zur besonderen Berücksichtigung von Aspekten des Orts- und Landschaftsbildes hat die Gemeinde die geeigneten Instrumente der örtlichen Raumplanung einzusetzen. Ein räumliches Leitbild ist im

Besonderen dann zweckmäßig, wenn eine Gemeinde die Ausweisung mehrerer isolierter Baugebiete gem. §2 Abs. 5 plant.

Eine Ausweisung im Flächenwidmungsplan ist ausschließlich für die Erweiterung eines Gastronomie- oder Beherbergungsbetriebes als Erholungsgebiet nach § 30 Abs. 1 Z. 9 StROG 2010 i.d.g.F. oder - im Nahbereich von landwirtschaftlichen Betrieben mit Nutztierhaltung - Dorfgebiet nach § 30 Abs. 1 Z. 7 StROG 2010 i.d.g.F. vorzusehen. Eine räumlich anschließende Flächenausweisung für andere Nutzungen (wie z. B. Wohnen, Gewerbe etc.) ist unzulässig.

Unter einer konkreten Planung des Betriebes ist die Vorlage eines begründeten, nachvollziehbaren und wirtschaftlich schlüssigen Konzeptes zu verstehen.

Zu § 2 Abs. 6:

Die von den Gemeinden umzusetzenden Maßnahmen in Abs. 6 dienen der Konkretisierung des ersten und zweiten Raumordnungsgrundsatzes gem. StROG 2010. In der Steiermark finden sich weitverbreitet disperse Siedlungsstrukturen sowie, bezogen auf Bauplätze für Ein- und Zweifamilienhäuser, flächenintensive Grundstücksgrößen und -zuschnitte. Damit einher geht ein hoher Verbrauch an natürlichen Ressourcen. Für die Gemeinden bzw. die öffentlichen Haushalte entstehen durch diese Strukturen überdurchschnittlich hohe Kosten in Errichtung und Instandhaltung von technischer Infrastruktur sowie in der Versorgung mit sozialen Dienstleistungen. Ein wesentlicher Grund liegt in niedrigen Grundstückspreisen, die die Nachfrage nach großen Grundstücken oder Flächenankauf zur Erhaltung von Gebäuden in Einzellage begünstigen.

Zur Umsetzung eines sparsamen Flächenverbrauches für neue Baugebiete sind von den Gemeinden verschiedene Maßnahmen umzusetzen:

1. Die Erhöhung des Anteils von verdichteten Wohnbauformen führt – bei gleichbleibendem Angebot an Wohnfläche – zur Reduktion des Flächenverbrauches. Dies entspricht auch dem Trend der steigenden Nachfrage nach kleineren Wohnungsformen mit geringem Erhaltungsaufwand insbesondere durch ältere und auch sehr junge Bevölkerungsschichten.
2. Aktuelle Bevölkerungsprognosen zeigen den Trend der zu erwartenden Entwicklung in den Gemeinden. Im Sinne einer vorausschauenden Planung nach den Grundsätzen des sparsamen Flächenverbrauches und einer wirtschaftlichen Aufschließung sind von der Gemeinde nachvollziehbare Prognosewerte bei der Baulandbedarfsberechnung anzuwenden.
3. Bei der Berechnung des Baulandbedarfes nach § 22 Abs. 4 StROG 2010 ist bei der Erstellung des örtlichen Entwicklungskonzeptes – im Sinne von § 13 Z 2 lit. c StROG 2010 als Richtwert zur Siedlungsentwicklung – ein Durchschnittswert von 800m² für Ein- und Zweifamilienhausbauplätze anzuwenden. In den Planungsüberlegungen der Gemeinden ist dabei zu berücksichtigen:
 - a) Die Baulandkategorien des Wohnbaulandes dienen nicht ausschließlich der Wohnnutzung. Darüber hinaus greifen Maßnahmen zur Baulandmobilisierung nicht in jedem Fall. Es kann daher im Zuge der Flächenbedarfsberechnung der Faktor 3 (in Ausnahmefällen der Faktor 4, vgl. Abteilung 13: Formblatt Wohnbaulandbedarf und Flächenbilanz) angewendet werden.
 - b) Aufgrund flächensparender Baulandnutzung, die überwiegend in zentralen Bereich der Gemeinden bereits angewendet wird, besteht in der Gestaltung der einzelnen Baugebiete für die Gemeinden erheblicher Handlungsspielraum.

Zu § 2 Abs. 7:

Die Freihaltung von Verkehrs- und Infrastrukturtrassen stellt eine Konkretisierung des zweiten und dritten Raumordnungsgrundsatzes dar. Im Besonderen betrifft dies die Abstimmung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen aller Gebietskörperschaften, die Ordnung benachbarter Räume sowie die Beachtung eines sparsamen Flächenverbrauches. Im Regionalplan (Anlage 1 zu dieser Verordnung) ist ein Teil der aktuellen Infrastrukturplanungen des Landes oder anderer Planungsträger ersichtlich gemacht. Darüber hinaus können auch weitere Planungen im Zuge der Verfahren der örtlichen Raumplanung durch die beim Amt der steiermärkischen Landesregierung zuständige Dienststelle geltend gemacht werden. Sofern Planungen von Infrastrukturgesellschaften wie ÖBB oder ASFINAG betroffen sind, kann der aktuelle Planungsstand von den Unternehmen und / oder von der zuständigen Abteilung des Amtes der steiermärkischen Landesregierung im Verfahren der Gemeinde eingebracht werden.

Zu § 3 Abs. 1:

Bergland über der Waldgrenze und Kampfwaldzone: Diese Landschaftseinheit ist besonders sensibel hinsichtlich Veränderungen des Erscheinungsbildes, da vielfach große Einsehbarkeit gegeben ist oder keine Minderung des Eingriffes in das Landschafts- bzw. Erscheinungsbild durch

Bepflanzungsmaßnahmen umsetzbar ist. Denkbare Planungen und Maßnahmen sind etwa Infrastrukturprojekte im Tourismus- und Sportbereich oder auch in der Energiegewinnung. Für Planungen und Projekte zur Windenergiegewinnung ist das Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie (LGBl. Nr. 72/2013) anzuwenden.

Zu § 3 Abs. 2:

Forstwirtschaftlich geprägtes Bergland: Dieses Bergland ist überwiegend bewaldet mit dazwischen liegenden kleineren Grünlandgebieten. Dieses Gebiet kennzeichnet sich durch seine periphere Lage, geringe Besiedelung, oftmals durch den Rückzug der Landwirtschaft und dadurch zunehmende Verwaldung. Gleichzeitig finden in diesem für Touristen, Erholungssuchende und für die Sportausübung attraktiven Landschaftstypus verschiedenste Freizeitaktivitäten statt. Das Potential zur wirtschaftlichen Entwicklung (einerseits attraktive Landschaft, andererseits Freizeitinfrastruktur) wird durch die gegenständlichen Bestimmungen gestützt.

Zu § 3 Abs. 3:

Grünlandgeprägtes Bergland: Dieser Landschaftsraum ist charakterisiert durch ein abwechslungsreiches Erscheinungsbild mit einer Mischung aus landwirtschaftlich genutzten Flächen, Wald- und Waldrandbereichen sowie Landschaftselementen wie Baumreihen und Ufergehölzen. Darin eingebettet liegen Weiler und Einzelgehöfte, aber auch dörfliche Strukturen und Ortsgebiete. Diese landschaftliche Attraktivität soll durch die Konzentration der Siedlungsentwicklung auf die bestehenden Baugebiete wie auch die Baukörpergestaltung bewahrt werden.

Zu § 3 Abs. 3 Z 2:

Das grundsätzliche Ziel dieser Regelung besteht in der Förderung einer Konzentration der Siedlungsentwicklung in Siedlungsschwerpunkten sowie in der Umsetzung des ersten und zweiten Raumordnungsgrundsatzes (§ 3 Abs. 1 StROG 2010). Im Steiermärkischen Raumordnungsgesetz 2010 wurde der Begriff Siedlungsschwerpunkt erstmals aufgenommen und definiert (§ 2 Abs. 1 Z 31 StROG 2010), wobei die Kriterien zur Festlegung von Siedlungsschwerpunkten umfangreicher gefasst wurden, als dies in den zuvor in Kraft getretenen Regionalen Entwicklungsprogrammen der Steiermark (Verordnungen) der Fall war. Daraus ergeben sich geänderte Rahmenbedingungen, weshalb eine Neufassung dieser Bestimmung im Regionalen Entwicklungsprogramm erforderlich ist. Die bisherige Bestimmung berücksichtigte nicht die tatsächlich vorhandene Größe eines Siedlungsbestandes und ermöglichte außerhalb von festzulegenden Siedlungsschwerpunkten die Baulanderweiterung bis zu einem Ausmaß von 3000m² je Baulandbereich.

Vor dem Hintergrund einer in der Steiermark weitverbreiteten Siedlungsstruktur, in denen ausgedehnte Siedlungsbereiche, die nicht die Kriterien zur Festlegung eines Siedlungsschwerpunktes gem. StROG 2010 erfüllen, bestehen, orientiert sich die Bestimmung zur Baulanderweiterung außerhalb von Siedlungsschwerpunkten an der Größe des Siedlungsbestandes. Zur Vollziehung in der örtlichen Raumplanung sind für die Gemeinden folgende Aspekte zu beachten:

1. Für die Berechnungsbasis der zulässigen Baulanderweiterung ist das bebaute Bauland einer Siedlungseinheit heranzuziehen. Baulanderweiterungen sind im Ausmaß von bis zu 20 Prozent des bebauten Baulandes zulässig. Bestehendes unbebautes Bauland (Baulandreserve) ist nicht einzurechnen und bleibt von dieser Regelung unberührt.
2. Bauplätze mit Bestandsgebäuden, die im Zuge einer Baulanderweiterung im Flächenwidmungsplan als Bauland erfasst werden, sind nicht in das zulässige Flächenkontingent einzurechnen, wenn eine Benützungsbewilligung vorliegt oder erteilt werden könnte. Dies könnte beispielsweise Objekte betreffen, die aufgrund von Schutzmaßnahmen nicht mehr in einer roten Gefahrenzone liegen oder auch bestehende Wohnobjekte im Freiland, die von der Gemeinde im Zuge einer Baulanderweiterung in den Baulandbestand übernommen werden. Die Beschränkung des Flächenausmaßes erfasst somit nur unbebautes neues Bauland.
3. Unabhängig von der Größe eines Siedlungsbereiches ist jedenfalls die Festlegung von Baulanderweiterungen im Ausmaß von drei ortsüblichen Bauparzellen für Ein- und Zweifamilienhäuser zulässig. In Gemeinden mit sehr unterschiedlich strukturierten Siedlungsgebieten (z. B. Zentrumsbereich vs. Streusiedlungslagen) ist für die Beurteilung der Ortsüblichkeit von Bauparzellen jener Typus heranzuziehen, dem das neu festzulegende Bauland zuzuordnen ist.
4. Als Zeitpunkt für die Berechnung der in dieser Bestimmung erfassten zulässigen Baulanderweiterung ist das Inkrafttreten dieser Verordnung maßgeblich. Um die entsprechenden Nachweise bei der Aufsichtsbehörde vorlegen zu können, wird es daher für die Gemeinden zweckmäßig sein, für den maßgeblichen Zeitpunkt den Stand „bebaut / unbebaut“ zu erfassen und zu

dokumentieren. Als bebaut gelten Grundstücke mit widmungskonformer Nutzung (erforderlicher Status: Rohbaufertigstellung). Für Grundstücke, deren Größe die Ortsüblichkeit übersteigt, ist bei der Berechnung des zulässigen Flächenkontingents für das Baugebiet die ortsübliche Bauplatzgröße heranzuziehen.

5. Aufgrund der Berechnungsbasis „bestehendes bebautes Bauland“ wird in dieser Bestimmung auf den Flächenwidmungsplan der Gemeinden Bezug genommen. Die Umsetzung dieser Bestimmung in der örtlichen Raumplanung hat jedoch gem. StROG 2010 auch die Ebene des Örtlichen Entwicklungskonzeptes mit der Festlegung von Potenzialflächen im Entwicklungsplan zu umfassen. Das Ausmaß der Potenzialflächen muss in einem angemessenen Verhältnis zum zulässigen Baulanderweiterungskontingent stehen. Ein Flächenabtausch innerhalb der Potenzialflächen zu einem späteren Zeitpunkt ist zulässig.

Zu § 3 Abs. 4:

Grünlandgeprägte Becken, Passlandschaften und inneralpine Täler: Dieser Landschaftstypus umfasst viele Gunstlagen zur Siedlungsentwicklung, sofern in den Tallagen keine Gefährdungen durch verschiedenste Naturgefahren bestehen. Entsprechend hoher Nutzungsdruck liegt auf den verfügbaren Flächen, weshalb in der Raumplanung besonderes Augenmerk auf die Freilandbereiche und deren Strukturausstattung zu legen ist.

Zu § 3 Abs. 5:

Siedlungs- und Industrielandschaften (Agglomerationsräume): Zur nachhaltigen Entwicklung der großen Siedlungsgebiete ist auf deren innere Struktur besonderer Wert zu legen: die Schaffung attraktiver Lebensräume bedarf neben der inneren Verdichtung auch hochwertiger Freiräume. Dabei sind Beeinträchtigungen durch Immissionen so weit als möglich zu vermeiden bzw. zu reduzieren.

Zu § 3 Abs. 6:

Bergbaulandschaften: Es handelt sich dabei, aufgrund der erfolgten Reliefveränderungen, um einen massiven Eingriff in das Landschaftsbild, der im Falle des Erzberges ein Alleinstellungsmerkmal bildet. Neben der Rohstoffgewinnung werden aktuell bereits vielfältige andere Nutzungen am Erzberg umgesetzt. Die Erhaltung der Charakteristik des Erzberges sowie die bestmögliche Nutzung in wirtschaftlicher, kultureller und touristischer Hinsicht sind im Interesse der Region und des Landes. Unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen für das Bergbaugebiet sind geeignete Festlegungen der örtlichen Raumplanung zur Umsetzung der genannten Ziele zulässig.

Zu § 4:

In § 4 werden Gemeinden der Planungsregion Funktionen hinsichtlich zentralörtlicher sowie industriell-gewerblicher Bedeutung zugewiesen. Gem. Landesentwicklungsprogramm (LEP) 2009 sind die Ziele der Ordnung der Raumstruktur

1. ein entsprechend gegliedertes Netz zentraler Orte mit entwicklungsfähigen, gut erreichbaren Wohn- und Arbeitsstandorten,
2. bestmögliche Versorgungsverhältnisse mit zentralen Dienstleistungen und Einrichtungen sowie
3. die zweckmäßige und bedarfsgerechte Erschließung des Landesgebietes.

Für die Entwicklung der Siedlungsstruktur ist eine gestreute Schwerpunktbildung (dezentrale Konzentration) durch eine Steuerung der Verdichtungstendenz nicht allein auf das Hauptzentrum des Landes, sondern auf ein abgestuftes Netz von zentralen Orten in geeigneten Gemeinden anzustreben. In den Gemeinden sind dazu Siedlungsschwerpunkte festzulegen. Damit soll eine günstige Versorgungsinfrastruktur auf kommunaler, kleinregionaler, regionaler und landesweiter Ebene erreicht werden.

Das Netz zentraler Orte umfasst gem. LEP 2009 folgende Stufen: Kernstädte, regionale Zentren und regionale Nebenzentren (festgelegt im LEP 2009) sowie teilregionale Versorgungszentren. Diese sind definiert als Orte mit einem öffentlichen und privaten Güter- und Leistungsangebot des Grundbedarfes der Bevölkerung mehrerer Gemeinden beziehungsweise einer Kleinregion.

Zu § 4 Abs. 1:

Mit dieser Bestimmung wird die Zuweisung der zentralörtlichen Funktion einer Gemeinde räumlich auf den Siedlungsschwerpunkt aus überörtlicher Sicht eingeschränkt. Dies ist erforderlich, da sich aufgrund der Gemeindestrukturreform wesentlich vergrößerte Gemeindegebiete ergeben haben, wobei die zentralörtliche Funktion weiterhin der bisherige zentrale Ort, räumlich konkretisiert mit dem im Regionalplan als Signatur festgelegten überörtlichen Siedlungsschwerpunkt, zukommt. Dies gilt

sinngemäß auch für die in § 4 Abs. 3 genannten zentralen Orte der höheren Stufen nach dem Landesentwicklungsprogramm und dem Entwicklungsprogramm zur Versorgungs-Infrastruktur.

Zu § 4 Abs. 2:

In Abs. 2 werden die „Teilregionalen Zentren“ (Teilregionale Versorgungszentren gem. LEP 2009) festgelegt. Sie sollen das entsprechende Angebot an öffentlichen und privaten Gütern und Dienstleistungen für mehrere Gemeinden anbieten können.

Aufgrund der jeweiligen geographischen Gegebenheiten sind grundsätzlich Versorgungsbereiche nicht deckungsgleich mit Gemeindegrenzen zu betrachten.

Durch den Bezug zum Entwicklungsprogramm zur Versorgungsinfrastruktur wird die Kontinuität in den rechtlichen Konsequenzen der Einstufung als Teilregionales Zentrum sichergestellt.

Zu § 4 Abs. 3:

Siehe dazu sinngemäß die Erläuterungen zu § 4 Abs. 1. Durch den Bezug zum Entwicklungsprogramm zur Versorgungs-Infrastruktur wird die Kontinuität in den rechtlichen Konsequenzen der Einstufung als Regionales Zentrum oder Regionales Nebenzentrum sichergestellt.

Zu § 4 Abs. 4:

Die Einstufung einer Gemeinde als regionaler Industrie- und Gewerbestandort erfolgt auf Basis eines vorhandenen überdurchschnittlichen Besatzes mit Industrie- und Gewerbebetrieben von regionaler Bedeutung und / oder eines hohen Entwicklungspotentials. Eine räumliche Einschränkung auf den Siedlungsschwerpunkt einer Gemeinde aus überörtlicher Sicht (vgl. Zentrale Orte oben) erfolgt nicht, da eine industriell-gewerbliche Nutzung typischerweise nicht im zentralen Siedlungsgebiet einer Gemeinde (Kerngebiet, Wohnen etc.) situiert ist.

Zu § 5:

Vorrangzonen sind im Regionalplan (Anlage 1) planlich dargestellt und von den Gemeinden in den Örtlichen Entwicklungskonzepten (Entwicklungsplan) ersichtlich zu machen.

Zu § 5 Abs. 1:

Vorrangzonen für Industrie und Gewerbe sichern die betreffenden regionsweit bedeutenden Flächen für diese Nutzung. Eine etwaige landwirtschaftliche Nutzung bleibt von dieser Bestimmung unberührt, andere Nutzungen wie z. B. Wohnen sind generell unzulässig. Im Anlassfall zu prüfen sind neu festzulegende Nutzungen im Umfeld von Vorrangzonen bezüglich erschwerter Nutzung (z. B. heranrückende Wohnbebauung).

Zu § 5 Abs. 2

Als Vorrangzonen für die Siedlungsentwicklung werden jene Gebiete festgelegt, die im Sinne der Raumordnungsgrundsätze über die besten Voraussetzungen für eine geordnete und sparsame Siedlungsentwicklung verfügen (z. B. dezentrale Konzentration, Ausrichtung an der Infrastruktur bzw. an Einzugsbereichen öffentlicher Verkehrsmittel). Die festgelegten Zielsetzungen stellen eine Konkretisierung der Grundsätze und Ziele des § 3 StROG 2010 dar.

Aufgrund der günstigen Standortvoraussetzungen darf im Einzugsbereich von Nahversorgungseinrichtungen und Haltestellen des öffentlichen Verkehrs eine Mindestbebauungsdichte von 0,3 nicht unterschritten werden. Dies dient wiederum der wirtschaftlichen Absicherung der genannten Einrichtungen und Infrastrukturen.

Bereiche mit innerstädtischer Bedienungsqualität im öffentlichen Verkehr sowie Hauptlinien des öffentlichen Verkehrs werden anhand der aktuellen Bedienungsqualität ermittelt. Die im Regionalplan ersichtlich gemachten Linien Stellen den Planungsstand zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung dar.

Zu § 5 Abs. 3:

Rohstoffvorrangzonen setzen das Ziel der Freihaltung von Flächen mit besonderer Eignung gem. § 3 Abs. 2 Z 6 lit. f StROG 2010 um. Die Bewertung der Flächen erfolgt auf Basis von bezirksweiten Studien sowie dem Rohstoffplan Österreich, verfasst vom BMWFJ. Diese Flächen sind zur langfristigen Sicherung der darunter liegenden Rohstoffe von allen Nutzungen, die eine spätere Gewinnung verhindern oder erschweren, freizuhalten. Bezugnehmend auf den einzuhaltenden Schutzabstand von 300 Metern gem. § 82 Abs. 2 MinroG gilt dies auch für den entsprechenden Puffer rund um Rohstoffvorrangzonen.

Aufgrund der hohen Emissionen aus dem Transportgeschehen im Rahmen einer Rohstoffgewinnung und -aufbereitung kommt einer möglichst schonenden Transportroutenwahl hohe Bedeutung zu.

Für die Nachnutzung der Rohstoffvorrangzone in der Gemeinde Niklasdorf ist eine Erholungsnutzung vorgesehen.

Zu § 5 Abs. 4:

Landwirtschaftliche Vorrangzonen dienen in erster Linie der Sicherung von Flächen für eine leistungsfähige Landwirtschaft (§ 3 Abs. 2 Z 6 lit. e StROG 2010) und erfüllen darüber hinaus auch andere Funktionen des Natur- und Kulturlandschaftsschutzes sowie Schutzfunktionen, z. B. als Retentionsraum. Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit dieser Flächen sind Baulandausweisungen sowie die Festlegung von ausgewählten Sondernutzungen im Freiland und Auffüllungsgebiete unzulässig.

Sofern Industrie- und Gewerbegebiete an landwirtschaftliche Vorrangzonen grenzen, ist die Festlegung von Flächen zur Betriebsweiterung auch in der Vorrangzone zulässig.

Ausnahmebestimmungen zu Vorrangzonen in den Gemeinden Kindberg (ehemals Allerheiligen i.M.) und Neuberg an der Mürz wurden aus dem Regionalen Entwicklungsprogramm für die Planungsregion Mürzzuschlag LGBl. Nr. 6/2005 übernommen). Aufgrund der geänderten Rechtslage bezieht sich die Ausnahmebestimmung nicht mehr allein auf den Flächenwidmungsplan der jeweiligen Gemeinde, sondern umfasst generell Festlegungen der örtlichen Raumplanung (Örtliches Entwicklungskonzept und Flächenwidmungsplan).

Zu § 5 Abs. 5:

Im Bereich von Grünzonen werden verschiedene Wohlfahrtsfunktionen je nach lokaler Situation in unterschiedlichem Ausmaß erfüllt. Grünzonen stellen damit eine Umsetzung der Raumordnungsgrundsätze dar und bedienen mehrere Raumordnungsziele gem. § 3 Abs. 2 StROG 2010.

Neben den klassischen ökologischen Funktionen für Boden-, Arten- und Biotopschutz kommt auch dem Landschafts- und Grundwasserschutz sowie der Beeinflussung der lokalen Klimasituation (Kaltluftproduktion / Frischluftzubringung) hohe Bedeutung zu.

Gleichzeitig können diese Flächen Leistungen im Rahmen der Naherholung und/oder Schutzfunktionen (z. B. Retention oder Abfluss von Hochwässern) erbringen.

Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit dieser Flächen sind Baulandausweisungen sowie die Festlegung von ausgewählten Sondernutzungen im Freiland und Auffüllungsgebiete unzulässig. Im Falle der Festlegung zulässiger Sondernutzungen ist zur Sicherstellung der Zielsetzungen eine großflächige Versiegelung von Flächen zu vermeiden. Die konkrete Gestaltung bzw. Zulässigkeit ist im Einzelfall zu prüfen und zu beurteilen.

Weiters sind in Grünzonen aus Sicht der Raumordnung Rohstoffgewinnungen aufgrund der Unvereinbarkeit mit den entsprechenden Raumordnungsgrundsätzen und -zielen unzulässig. Hier wird über den Begriff „Ruhegebiete“ der konkrete Bezug zum Mineralrohstoffgesetz – MinroG (Bundesebene) hergestellt. Zur wirtschaftlichen Absicherung bestehender Abbaubetriebe sind Erweiterungen bestehender Abbaugebiete zulässig.

Aufgrund der vielfältigen Bedeutung von Flussufern gelten diese in einer Breite von 10m (bei größeren Flüssen bis 20m) generell als Grünzone mit den entsprechenden Bestimmungen betreffend Baulandausweisungen etc. Aufgrund der lokalen Situation können im Einzelfall Ausnahmen in Anspruch genommen werden, wobei diese detailliert zu begründen und zu prüfen sind.

Zu § 6:

Anm.: Die bisherigen Bestimmungen in § 6 Abs. 1 zu Örtlichen Siedlungsschwerpunkten entfallen aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten Begriffsbestimmung in § 2 Abs. 1 Z 31 StROG 2010.

Zu § 6 Abs. 1:

Jede Gemeinde kann für touristische Nutzungen bis zu zwei sog. „Touristische Siedlungsschwerpunkte“ festlegen. Zur raumplanungsfachlichen Begründung ist im Rahmen der Örtlichen Raumplanung eine gemeindeweite touristische Gesamtuntersuchung gemäß der Richtlinie für die Festlegung touristischer Siedlungsschwerpunkte zu erstellen. In Tourismusgemeinden mit Ortsklasse A gem. dem Steiermärkischen Tourismusgesetz 1992 i.d.F. LGBl. Nr. 57/2014 wird die zulässige Anzahl an touristischen Siedlungsschwerpunkten nicht beschränkt.

Zu § 6 Abs. 2:

Da die Bestimmungen in Abs. 1 bereits vor Umsetzung der Gemeindestrukturreform in allen rechtskräftigen Regionalen Entwicklungsprogrammen enthalten waren, werden die aus den Gemeindevereinigungen abzuleitenden Änderungen in Abs. 2 näher bestimmt. Waren für jede einzelne Gemeinden vor einer Gemeindevereinigung zwei touristische Siedlungsschwerpunkte zulässig, so sind

nunmehr für die neue Gemeinde maximal so viele touristische Schwerpunkte zulässig, wie zuvor in allen Alt-Gemeinden zusammen. Zur raumplanungsfachlichen Begründung der geplanten touristischen Struktur (i.S.v. Anzahl der touristischen Siedlungsschwerpunkte) hat die neue Gemeinde eine gemeindeweite touristische Gesamtuntersuchung gemäß der Richtlinie für die Festlegung touristischer Siedlungsschwerpunkte zu erstellen. Da die neuen Gemeinden gem. § 42a StROG 2010 ihre Örtlichen Entwicklungskonzepte neu zu erstellen haben (Verfahrensfall 1.00), kann die gemeindeweise touristische Gesamtuntersuchung im Zuge der Grundlagenforschung durchgeführt werden.

Zu § 7:

In § 7 wird die inhaltliche Umsetzung der planlichen Darstellungen dieser Verordnung näher bestimmt. Das wesentliche Ziel ist dabei, die Festlegungen der Regionalplanung (Maßstab 1:50.000 und 1:100.000) auf den detaillierteren Maßstab der örtlichen Raumplanung zu konkretisieren. Dieser Schritt hat einmalig zu erfolgen.

In den meisten Gemeinden der Steiermark wurden die Festlegungen (z. B. Vorrangzonen) der bisherigen Regionalpläne bereits in den Entwicklungsplan des örtlichen Entwicklungskonzeptes übernommen. Die gegenständliche Verordnung bildet eine Fortführung der Regionalen Entwicklungsprogramme mit den Regionalplänen. Da sich Festlegungen jedoch an der jeweiligen Plangraphik orientieren (s. § 7 Abs. 3) und hier eine graphische Verbesserung des Planhintergrundes gegenüber dem bisher rechtskräftigen Regionalplan erfolgt, sind die Ersichtlichmachungen der regionalen Vorrangzonen im Entwicklungsplan zu prüfen und gegebenenfalls neu anzupassen.

Zu § 7 Abs. 2:

Aufgrund des Maßstabes der Anlage 2 „Landschaftsräumliche Einheiten“ (1:100.000) ist die Durchschneidung von kleinräumigen Einheiten nicht auszuschließen. In der Umsetzung der entsprechenden Regelungen in § 3 kann daher durch die Gemeinde eine Zuordnung von geschlossenen Gebieten in einer Bandbreite von bis zu 200m erfolgen. Die von den Gemeinden zu interpretierende Teilraumabgrenzung hat einmalig im Rahmen der nächsten ÖEK-Revision oder –Änderung planlich zu erfolgen.

Zu § 7 Abs. 3:

Im Rahmen der Übernahme (Ersichtlichmachung) der Vorrangzonen des Regionalplanes haben die Gemeinden eine Konkretisierung auf den genaueren Maßstab des Entwicklungsplanes durchzuführen. Sofern im Regionalplan Strukturlinien und eindeutige Anhaltspunkte für den Grenzverlauf von Vorrangzonen ersichtlich sind, hat die Gemeinde die Ersichtlichmachung genau in dieser Form zu übernehmen. Als Beispiel kann der Verlauf an einer Straße oder an einem Gewässer angeführt werden.

In Fällen, wo im Regionalplan keine eindeutige Abgrenzung ersichtlich ist, hat die Gemeinde bei der Eintragung der Ersichtlichmachung im Entwicklungsplan einen Interpretationsspielraum bis zu einer Größenordnung einer ortsüblichen Bauplatztiefe eines Bauplatzes für Ein- und Zweifamilienhäuser. Diese ist in der Regel mit rund 30 Metern anzunehmen. Die von den Gemeinden zu interpretierenden Vorrangzonen haben einmalig im Rahmen der nächsten ÖEK-Revision oder –Änderung planlich zu erfolgen.

Zu § 7 Abs. 4:

Vorrangzonen für Industrie und Gewerbe sichern Flächen mit regions- oder sogar landesweiter Bedeutung. Die Basisvoraussetzungen wie z. B. Nahelage zu hochrangigen Verkehrsträgern sind in der Regel auch für umliegende Flächen zutreffend. In diesem Sinne erfüllen landwirtschaftliche Vorrangzonen eine Flächenfreihaltung und können unter den festgelegten Bedingungen für industriell-gewerbliche Nutzungen herangezogen werden.

Zu § 7 Abs. 5:

Siedlungsschwerpunkte aus überörtlicher Sicht werden im Regionalplan mit einem Sternsymbol bezeichnet und sind von den Gemeinden im Örtlichen Entwicklungskonzept (Entwicklungsplan) durch geschlossene Siedlungsgrenzen räumlich zu konkretisieren. Die Größe des Symbols im Regionalplan orientiert sich an der zentralörtlichen Einstufung der Gemeinde gem. § 4 dieser Verordnung bzw. gem. § 3 LEP 2009 betreffend Regionale Zentren und Regionale Nebenzentren.

Zu § 8 Abs. 1 und 2:

Aufgrund der Erlassung dieser Verordnung entsteht nicht unmittelbarer Handlungsbedarf für die Örtliche Raumplanung der Gemeinden zur Überarbeitung ihrer Instrumente. Erst bei Änderungen (Teile des Gemeindegebietes) oder Revisionen (gesamtes Gemeindegebiet) sind die Bestimmungen dieser Verordnung in die Planungen der Gemeinde zu übernehmen. Gemäß den bisherigen Erfahrungen der

Verwaltungspraxis sind bei Änderungen überwiegend Konkretisierungen von Vorrangzonen (s. § 7 Abs. 3) für jenen Bereich, der Gegenstand der Änderung in der örtlichen Raumplanung ist, betroffen. Da die Anlagen 1 und 2 in einer neuen Plangraphik (neuer Planhintergrund) erstellt wurden, wird die Konkretisierung der Vorrangzonen voraussichtlich bei den meisten räumlich betroffenen Fällen zur Anwendung kommen.

Zu § 8 Abs. 3:

Abs. 3 dient der Klarstellung der Verfahrensbestimmungen. Im Sinne einer abgestimmten Planung auf örtlicher und überörtlicher Ebene sind die Gemeinden verpflichtet, bekannte Planungen auf regionaler oder landesweiter Ebene in ihren Entwicklungskonzepten und Flächenwidmungsplänen zu übernehmen. Wurde von einer Gemeinde in einem Verfahren der örtlichen Raumplanung jedoch der Beschluss über die Auflage bereits gefasst, ist von einer fachlich finalisierten Planung unter den geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen auszugehen. Um besondere Aufwände für die Gemeinden zu vermeiden, können solche Verfahren der örtlichen Raumplanung nach der Rechtslage zum Zeitpunkt des Auflagebeschlusses abgeschlossen werden.

Zu § 8 Abs. 4:

Festlegungen in den Flächenwidmungsplänen der Gemeinden, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bereits rechtskräftig sind, werden von den Bestimmungen im Regionalplan nicht erfasst. So kann beispielsweise Bauland, das innerhalb einer Grünzone oder landwirtschaftlichen Vorrangzone liegt, bestehen bleiben (keine Anpassung gem. § 8). Eine Erweiterung dieser Flächen wäre allerdings unzulässig, auch wenn im Entwicklungsplan der Gemeinde Potentialflächen bereits festgelegt wurden, da sich Abs. 6 direkt auf den Flächenwidmungsplan bezieht.

Zu § 9:

Das regionale Entwicklungsprogramm ist spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten zu überprüfen. Sofern geänderte Planungsvoraussetzungen festgestellt werden (s. § 14 Abs. 7 StROG 2010), ist das Entwicklungsprogramm zu überarbeiten.

Anhang:

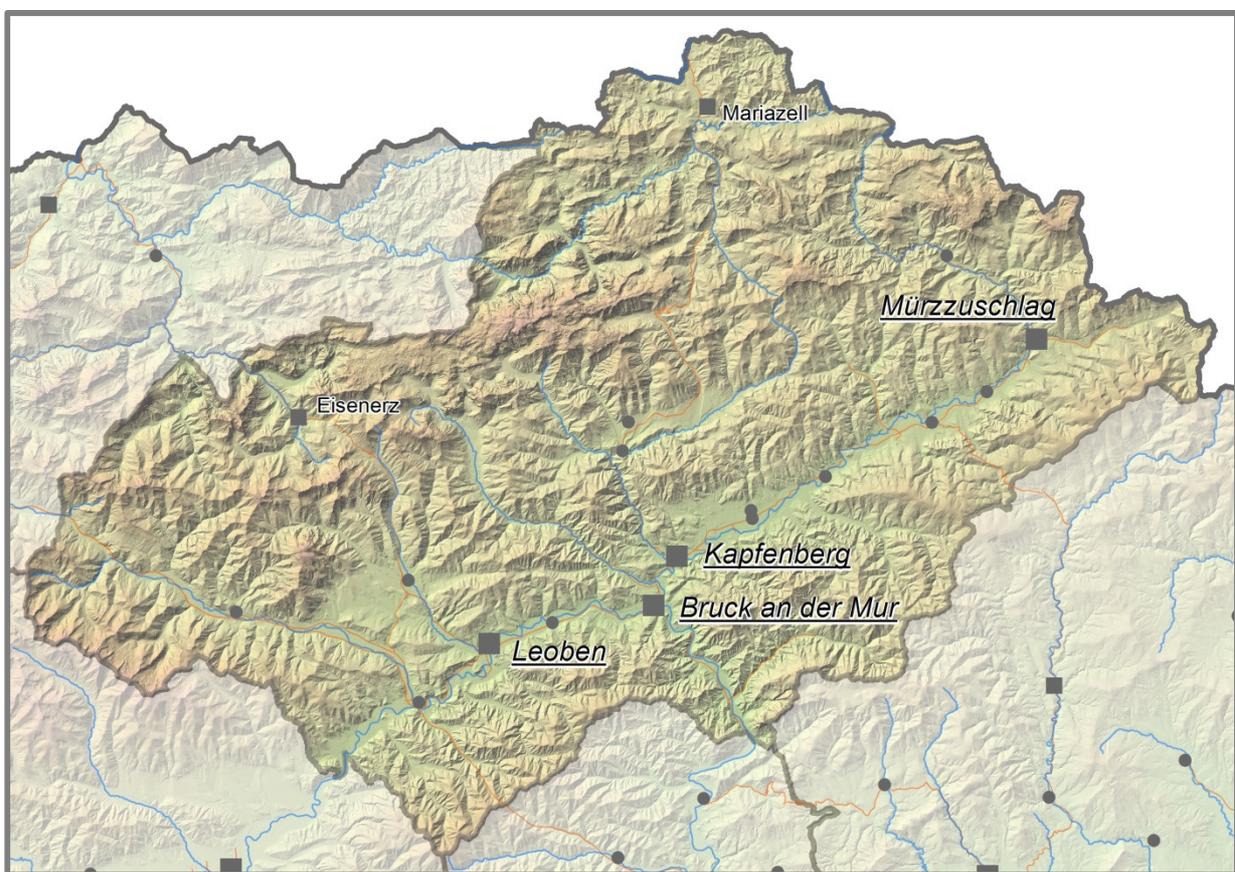
Die Strategische Umweltprüfung mit Umweltbericht ist im Anhang beigefügt. In dieser Prüfung werden die maßgeblichen Inhalte gem. StROG 2010 dargestellt und jene Änderungen in den Planungen (gegenüber den bisher rechtskräftigen Regionalen Entwicklungsprogrammen) im Detail geprüft, welche negative Umweltauswirkungen grundsätzlich nach sich ziehen können. Bei allen Prüfungen ist die Maßstabebene der Festlegungen im Entwicklungsprogramm zu berücksichtigen.

5 PLANUNGSGRUNDLAGEN UND METHODIK

5.1 Die Region im Überblick

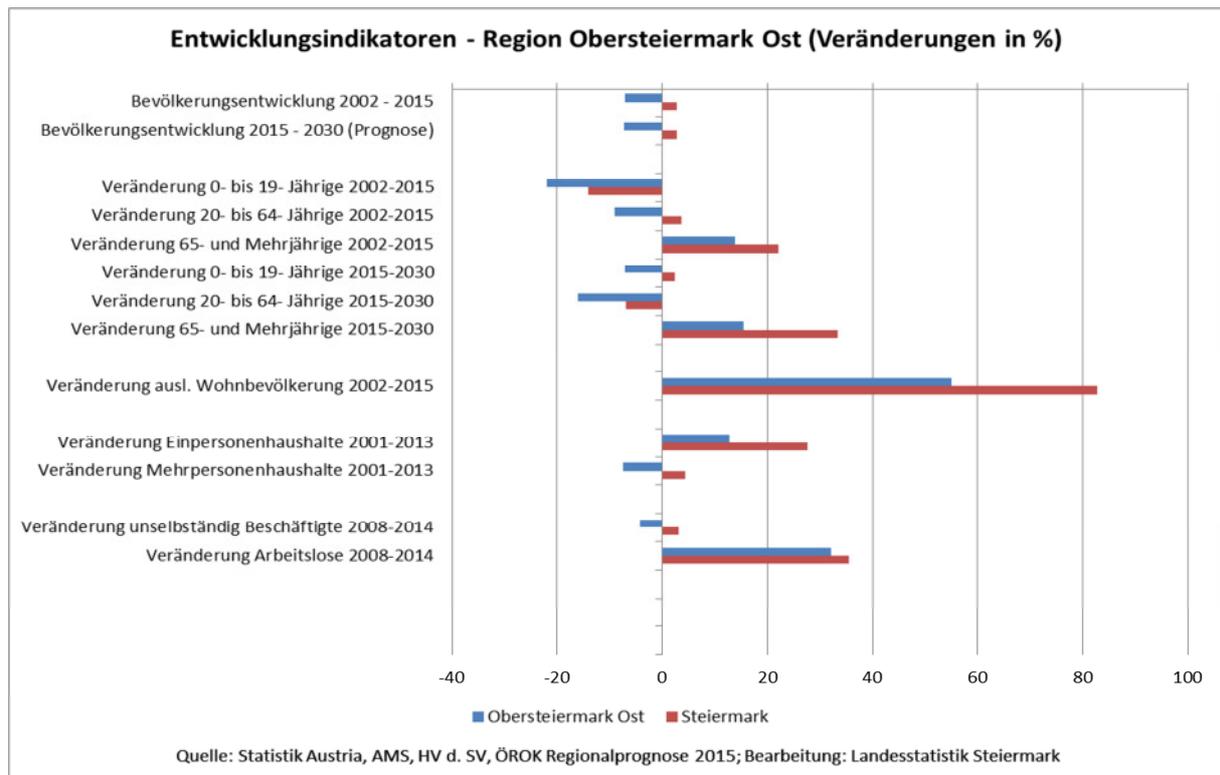
Die Region Obersteiermark Ost ist mit einer Fläche von rund 3.250 km² die zweitgrößte der steirischen Regionen. Sie liegt zur Gänze im Alpengebiet und grenzt im Norden an Niederösterreich. Geprägt wird die Region durch die Flussläufe der Mur und Mürz, Siedlungen in engen Tälern und Beckenlagen charakterisieren das Landschaftsbild.

Der Anteil des Dauersiedlungsraums an der Gesamtfläche ist – bei beträchtlichen innerregionalen Unterschieden – mit etwa 15% sehr niedrig. Die Bevölkerungsdichte beträgt 51 Einwohner/innen pro km² Katasterfläche und liegt damit deutlich unter dem steirischen Durchschnittswert (74 EW/km²). Wird die Bevölkerungsdichte auf den Dauersiedlungsraum bezogen, ergibt sich eine Bevölkerungsdichte von 332 EW/km² (Steiermark: 233), das heißt, dass die Region als semi-urbaner Raum bezeichnet werden kann.



	Obersteiermark Ost	Steiermark	Österreich
Einwohner/innen am 01.01.2015	161.767	1.221.570	8.584.926
Katasterfläche (KF) in km ²	3.060	16.401	83.879
Dauersiedlungsraum (DSR) in km ²	660	5.230	32.584
Anteil des DSR an der KF in %	21,6	31,9	38,8
Einwohner/innen pro km ² KF	53	74	102
Einwohner/innen pro km ² DSR	245	234	263

Quelle: Statistik Austria, Landesstatistik Steiermark, A17 - Landes- und Regionalentwicklung



Demografische Entwicklungen

	Obersteiermark Ost	Steiermark	Österreich
Bevölkerungsentwicklung 2002-2015 in %	-7,0	2,8	6,5
durch Geburtenbilanz in %	-5,8	-1,5	0,3
durch Wanderungsbilanz in %	-1,2	4,3	6,2
Bevölkerungsentwicklung 2015-2030 in % ¹⁾	-7,3	2,7	7,3
Altersstruktur 01.01.2015 (Anteile in %)			
0- bis 19-Jährige	16,5	18,4	19,6
20- bis 64-Jährige	59,2	61,9	61,9
65- bis 84-Jährige	20,7	16,8	15,9
85- und Mehrjährige	3,6	2,8	2,5
Durchschnittsalter (in Jahren)	46,3	43,4	42,3
Anteil der ausländischen Bevölkerung am 01.01.2015 in %			
	8,1	8,7	13,3
Privathaushalte 2013			
davon Einpersonenhaushalte (in %)	38,2	34,9	36,6
davon Mehrpersonenhaushalte (in %)	61,8	65,1	63,4
durchschnittliche Haushaltsgröße	2,08	2,29	2,25

Quelle: Statistik Austria, ÖROK-Regionalprognose 2015, Landesstatistik Steiermark

¹⁾ Gebietsstand 2013

Am 01.01.2015 lebten lt. Bevölkerungsregister in der Region Obersteiermark Ost 161.767 Personen, davon 82.562 Frauen und 79.205 Männer. Dies entspricht 13,2% der gesamten steirischen Wohnbevölkerung, der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung in der Region Obersteiermark Ost beträgt 8,1% und liegt damit nur wenig unter dem landesweiten Durchschnittswert, jedoch deutlich unter dem österreichischen Vergleichswert (Steiermark: 8,7%, Österreich: 13,3%). In den vergangenen Jahren ist die Bevölkerungszahl in der Region weiter zurückgegangen. Konkret ist zwischen 2002 und 2015 die Bevölkerungszahl um 7,0% geschrumpft. Damit verlief der Bevölkerungsrückgang gegenläufig zur steirischen (+2,8%) bzw. österreichischen Entwicklung (+6,5%). In diesem Zeitraum waren sowohl die Geburtenbilanz als auch die Wanderungsbilanz negativ, wengleich der gesamte Wanderungssaldo in der Region 2014 leicht positiv war, vor allem aufgrund der deutlich positiven Außenwanderung.

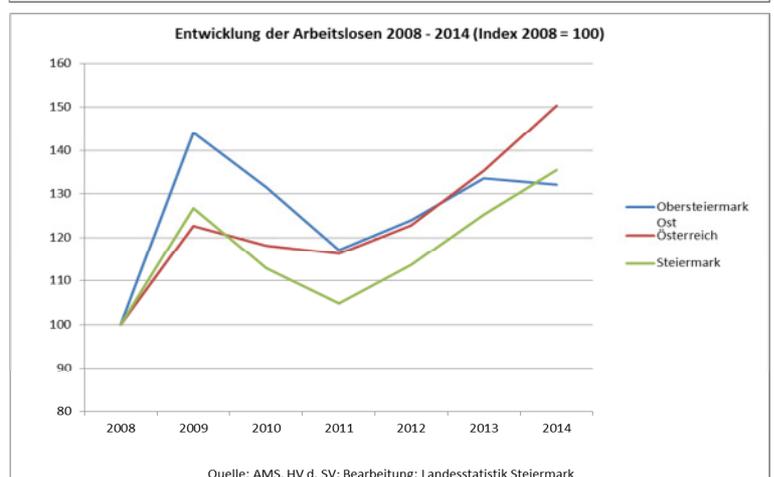
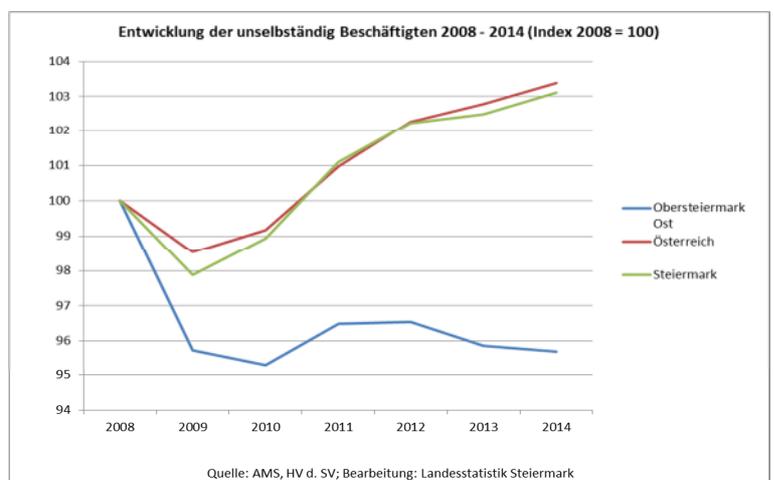
Gemäß der ÖROK-Bevölkerungsprognose aus dem Jahr 2015 werden für die Region Obersteiermark Ost auch für die Zukunft Bevölkerungsrückgänge prognostiziert. Während für die Steiermark insgesamt ein Bevölkerungswachstum von 2,7% erwartet wird, soll der Prognose zufolge in der Obersteiermark Ost die Bevölkerungszahl im Zeitraum 2015 bis 2030 um 7,3% sinken.

Dem österreichweiten Trend folgend, wird sich in den nächsten Jahren die Altersstruktur von den jüngeren zu den älteren Altersgruppen verschieben. In der Region Südweststeiermark wird sich dementsprechend der Anteil der Über-65-Jährigen im genannten Zeitraum von 18,8% im Jahr 2015 auf 26,0% im Jahr 2030 erhöhen. Dieser starke Anstieg der älteren Personen auf mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung führt zu strukturellen Veränderungen und neuen Herausforderungen. Das kann einerseits zu Problemen am Arbeitsmarkt führen (Arbeitskräftemangel) und stellt andererseits neue Herausforderungen vor allem für das Sozial- und Gesundheitssystem (deutlich mehr Senioren), aber auch für das Bildungssystem (weniger Kinder und Jugendliche) dar.

Wirtschaftsstruktur und Arbeitsmarkt

Im Jahresdurchschnitt 2014 wurden in der Region Obersteiermark Ost 60.796 unselbständig Beschäftigte und damit ein Anteil von 12,5% an den steirischen Beschäftigten gezählt. Auf den sekundären Sektor entfielen 42,3% der Beschäftigten, damit ist dieser Anteil deutlich höher als der Österreichdurchschnitt (25,7%) und der Landesschnitt (29,9%) – ein Beweis für die industrielle Bedeutung der Region. Mit einem Beschäftigtenanteil von 56,8% im tertiären Sektor bleibt die Region Obersteiermark Ost deutlich hinter dem Steiermarkwert (69,1%) und dem Österreichwert (73,7%) zurück. Auf den primären Sektor entfielen 2014 0,9% der gesamten Beschäftigung. Zwischen 2008 und 2014 hat die Zahl der unselbständig Beschäftigten in der Region um 4,3% abgenommen – im Gegensatz zu den Zunahmen in der Steiermark (+3,1%) und in Gesamtösterreich (+3,4%).

Im Jahr 2014 waren in der Region Obersteiermark Ost insgesamt 4.844 Personen als arbeitslos gemeldet, davon waren 2.210 Frauen und 2.634 Männer.



Zwischen 2008 und 2014 ist die Zahl der arbeitslosen Personen in der Region um mehr als 32% angewachsen, wobei der Zuwachs bei den Männern etwas höher ausfiel. Mit einer Arbeitslosenquote von 7,4% im Jahresdurchschnitt 2014 – bei in etwa gleichem Niveau der Frauen- und Männerarbeitslosigkeit – liegt das Niveau der Arbeitslosigkeit in der Region unter dem Landes- bzw. Österreichschnitt (7,9% bzw. 8,4%).

	Obersteiermark Ost	Steiermark	Österreich
Unselbständig Beschäftigte 2014	60.796	485.159	3.503.400
Veränderung der Zahl der unselbständig Beschäftigten 2008 - 2014 in %			
	-4,3	3,1	3,4
Unselb. Beschäftigte 2014 (Anteile in %)			
primärer Sektor	0,9	1,0	0,6
sekundärer Sektor	42,3	29,9	25,7
tertiärer Sektor	56,8	69,1	73,7
Arbeitslose 2014	4.844	41.858	319.357
Veränderung der Zahl der Arbeitslosen 2008 - 2014 in %			
	32,1	35,5	50,5

Quelle: AMS, HV d. SV, Landesstatistik Steiermark

¹⁾ Gebietsstand 2013

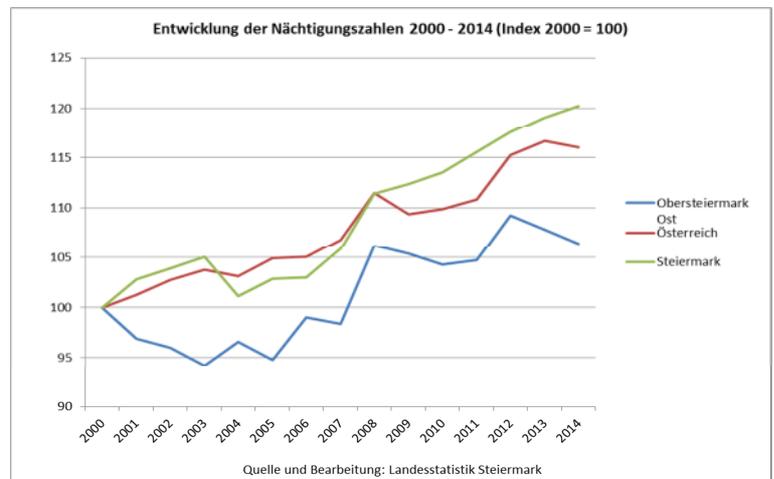
	Obersteiermark Ost	Steiermark	Österreich
Arbeitsstätten 2013	10.639	100.574	693.673
davon mit weniger als 20 Beschäftigten	10.090	96.048	661.407
davon mit 20 bis 99 Beschäftigten	470	3.875	27.254
davon mit 100 und mehr Beschäftigten	79	651	5.012
davon primärer Sektor (in %)	17,0	22,6	15,3
davon sekundärer Sektor (in %)	12,2	10,9	11,2
davon tertiärer Sektor (in %)	70,8	66,5	73,5
Beschäftigte in Arbeitsstätten 2013	71.590	592.736	4.266.021
Unternehmensneugründungen 2014 ¹⁾	585	5.548	37.054
Gründungsintensität (je 1.000 Einwohner) ¹⁾	3,6	4,6	4,4
Steuerkraftkopfquote 2013	1.206	1.260	1.326
Anzahl Nächtigungen 2014	801.435	11.413.788	131.900.739
Veränderung der Zahl der Nächtigungen 2000 - 2014 in %			
	6,4	20,2	16,0

Quelle: Statistik Austria, Wirtschaftskammer, Landesstatistik Steiermark

¹⁾ Gebietsstand 2013

Tourismus

In der gesamten Region werden rund 7% aller Nächtigungen der Steiermark registriert. Seit 2000 liegt die Zahl der Übernachtungen in der Region zwischen 700.000 und knapp über 800.000 Nächtigungen pro Jahr. Zwischen den Jahren 2000 und 2014 ist es in der Region zu einem Nächtigungsplus von 6,4% gekommen, sodass im Kalenderjahr 2014 knapp über 800.000 Nächtigungen erreicht werden konnten.



Bildung und Soziale Infrastruktur

Pflichtschulen (Schuljahr 2014/15)

Volksschulen	59
Hauptschulen / Neue Mittelschulen	43
Sonderschulen	4
Polytechnische Schulen	6
AHS-Unterstufe	5

Quelle: Statistik Austria, Landesstatistik Steiermark

Weiterführende Schulen mit Matura (Schuljahr 2014/15)

AHS-Oberstufe	7
sonstige allgemeinbildenden Schulen	4
Berufsschulen	1
berufsbildende mittlere Schulen	10
sonstige berufsbildende Schulen	0
berufsbildende höhere Schulen	8

Quelle: Statistik Austria, Landesstatistik Steiermark

Kindertagesheime (Schuljahr 2014/15)

Kindertagesheime	99
davon Krippen	10
davon Kindergärten	81
davon Horte	7
davon Altersgemischte Einrichtungen	1

Quelle: Statistik Austria, Landesstatistik Steiermark

Pflegeeinrichtungen 2015 (Pflegeheime)

Pflegeeinrichtungen	33
Pflegedichte (Betten pro 1.000 EW im Alter von 75 und mehr Jahren)	105

Quelle: Amt d. Stmk. Landesregierung, A8 - FA Gesundheit und Pflegemanagement

5.2 Regionalplan

Der Regionalplan 1:50.000 stellt eine Übersicht über die gesamte Planungsregion dar. Er enthält räumlich darstellbare Entwicklungsziele und Vorgaben für die Planungsregion. Als Orientierungshilfe enthält der Regionalplan zusätzliche Informationen (z.B. Baulandausweisungen aus den Flächenwidmungsplänen der Gemeinden gemäß dem digital verfügbaren Datenstand).

Im Plan „Landschaftsräumliche Einheiten“ werden die Teilräume gem. § 3 der Verordnung räumlich abgegrenzt.

Die nachfolgende regionale Flächenbilanz gibt einen groben Überblick über das Ausmaß der im Regionalplan ausgewiesenen Flächen.

Der Regionalplan und der Textteil liegen in der Abteilung 17 auf, bzw. sind auf der Homepage der Abteilung www.raumplanung.steiermark.at unter „Die Regionen >> Regionale Entwicklungsprogramme“ zu finden.

Flächenbilanz „Vorrangzonen“ (Anteil an der Gesamtfläche der Region)

Vorrangzone	Fläche in ha	Anteil in %
Vorrangzonen für Industrie und Gewerbe	173	0,05
Rohstoffvorrangzonen	466	0,15
Landwirtschaftliche Vorrangzonen	2.349	0,73
Grünzonen	676	0,21
Summe	3.664	1,16

Flächenbilanz „landschaftsräumliche Einheiten“

Teilraum	Fläche in ha	Anteil in %
Bergland über der Waldgrenze und Kampfwalzone	33.669	10,5
Forstwirtschaftlich geprägtes Bergland	246.827	77,0
Grünlandgeprägtes Bergland	14.304	4,5
Grünlandgeprägte Becken, Passlandschaften und inneralpine Täler	17.557	5,5
Siedlungs- und Industrielandschaften	6.938	2,2
Bergbaulandschaften	1.360	0,3
Summe	320.655	100

Zur gesamthaften Betrachtung der Raumentwicklung unter Einbeziehung weiterer raumrelevanter Faktoren wird auf den Digitalen Atlas des Landes Steiermark verwiesen.

5.3 Zentrale Einrichtungen, Dienstleistungen und Versorgung

Die Region Obersteiermark Ost verfügt mit den Städten Leoben, Bruck an der Mur, Kapfenberg und Mürzzuschlag über vier Regionale Zentren mit hoher Angebotsqualität an zentralen Einrichtungen.

Insbesondere der Raum von Leoben über Bruck an der Mur bis Kapfenberg, ergänzt im Westen in Richtung Trofaiach und östlich in Richtung Kindberg, bildet einen Zentralraum mit hochwertigem Besatz an Bildungs-, Gesundheits-, Kultur-, Handels- und Verwaltungseinrichtungen. Aufgrund der Größe des zusammenhängenden Siedlungsgebietes bzw. der intensiven funktionalen Verflechtungen ist hier bereits von einer Stadtregion zu sprechen.

In den nördlichen Teilen der Region bilden Eisenerz und Mariazell als sog. Regionale Nebenzentren (gem. Landesentwicklungsprogramm 2009) Ankerpunkte mit zentralen Einrichtungen.

In der Ebene unter der zentralörtlichen Einstufung als Regionales Zentrum oder Nebenzentrum verfügt die Region über eine Vielzahl an sog. Teilregionalen Zentren, die eine wichtige ergänzende Versorgungsfunktion mit unterschiedlichen Schwerpunkten übernehmen. Diese finden sich mit wenigen Ausnahmen entlang der Haupttalschaften.

Eine wesentliche Auswirkung der zentralörtlichen Einstufung ist die Zulässigkeit von Einkaufszentren in der jeweiligen Gemeinde. Einkaufszentren sollen in die Kerngebiete der zentralen Orte integriert werden, die Errichtung von Handelsbetrieben in dezentralen Lagen (auf der so genannten "grünen Wiese") soll erschwert werden. Für die Planungsregion ergibt sich nachstehende Situation.

Planungsmethode

Zur Bestimmung von zentralen Orten und Teilregionalen Versorgungszentren erfolgte eine Zentralitätsberechnung auf Basis der Arbeitsstättenzählung und der EU-einheitlichen ÖNACE-Klassifikation zur Bestimmung der zentralen Orte in der Steiermark und in angrenzenden österreichischen Bezirken (REGIONAL CONSULTING, 2005). Diese Methodik wurde grundsätzlich weitergeführt und mit den aktuell verfügbaren Datengrundlagen durch die Landesstatistik Steiermark neu berechnet.

Zur Gewährleistung einer ausreichenden Diversität werden Teilzentralitäten in 10 zentralitätsrelevanten Wirtschaftsklassen ermittelt. Die Zentralitätsstufe eines "Teilregionalen Zentrums" liegt vor, wenn eine Gemeinde über überdurchschnittlich ausgeprägte Teilzentralitäten verfügt. In Ausnahmefällen werden in der Region, insbesondere zur besseren Verteilung der zentralen Orte in den Planungsregionen, zusätzlich Gemeinden mit einer für die wirtschaftliche Tragfähigkeit von zentralen Einrichtungen ausreichend großen Einwohnerzahl als Zentrum festgelegt.

5.4 Siedlungswesen

Die Siedlungs- und Wirtschaftszentren der Region befinden sich entlang des Mur- und Mürztales mit den Schwerpunkten Leoben und Bruck an der Mur/Kapfenberg. Weitere größere Gemeinden mit hochwertigen und teilweise großflächigen Wirtschaftsstandorten entlang dieser Achse bilden ein beinahe durchgängiges Siedlungsband.

Nördlich dieser Achse liegen Schwerpunkte im Raum Trofaiach und Eisenerz, in Thörl und Aflenz sowie an der nördlichen Landesgrenze im Raum Mariazell.

SIEDLUNGSENTWICKLUNG

Die Siedlungsstruktur muss sich in der Region sehr stark den topografischen Gegebenheiten anpassen. Somit entstand in den Ballungsräumen der obersteirischen Städte und entlang der Hauptverkehrslinien zwischen St. Michael in der Obersteiermark im Westen und Mürzzuschlag im Osten ein dichtes Siedlungs- und Verkehrsband mit einem hohen Anspruch an die Raumordnung, um Beeinträchtigungen unterschiedlicher Flächennutzungen zu minimieren. In diesem Raum besteht aufgrund der intensiven Flächennutzung bei gleichzeitig geringem Raumangebot ein hohes Raumordnungsbewusstsein.

Auch in den übrigen Siedlungsgebieten der Region schränken die topographischen Verhältnisse und Beeinträchtigungen durch Naturgefahren die Siedlungsentwicklung vielfach ein. Zusätzlich erschwert die inneralpine Lage insbesondere bei winterlichen Verhältnissen die Erreichbarkeit der zentralen Einrichtungen (z.B. höhere Schulen) und der Arbeitsplatzzentren. Diesem bestimmenden Entwicklungsfaktor trägt das Regionale Entwicklungsleitbild mit der „Querschnittsmaterie Verkehr & Mobilität“ Rechnung (u. A. Priorität der Fortführung des Regionalen Verkehrskonzeptes).

Maßnahmen für eine flächensparende Siedlungsentwicklung, wie z.B. kleinere Bauplätze, Reduktion von Baulandüberhängen oder sorgfältige Prüfung aller Neuausweisungen, werden im Regionalen Entwicklungsprogramm grundsätzlich festgelegt. Sie werden in der Region Obersteiermark Ost aber in vielen Gemeinden bereits aus lokalen Erfordernissen umgesetzt. Auf Basis der demographischen Prognosen sehen weite Teile der Region einer Bevölkerungsabnahme und Leerstand in der Bausubstanz entgegen. Zur Befriedigung der Wohnbedürfnisse der jungen Generation werden jedoch laufend nicht nur Sanierungen, sondern auch moderner Neubau vorzusehen sein.

Immer bedeutender in Zusammenhang mit dezentraler Siedlungsentwicklung werden auch Überlegungen zur sozialen Infrastruktur. So wird etwa die Alten- und Krankenpflege nach wie vor zu einem großen Teil durch die Familien und wohltätige Vereine aufrechterhalten.

Aufgrund der verstärkten Individualisierung der Gesellschaft werden diese Leistungen jedoch mehr und mehr durch die öffentliche Hand zu übernehmen sein. Dies wird vor allem in Streusiedlungslagen in Zusammenhang mit einer zunehmenden Überalterung der dort ansässigen Bevölkerung zu einer Zunahme der Kosten führen. Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht sind daher kompakte Siedlungsgebiete weiterzuentwickeln und ist einer fortschreitenden Zersiedelung entgegenzuwirken.

VORRANGZONEN FÜR DIE SIEDLUNGSENTWICKLUNG

Die wichtigsten Prinzipien einer nachhaltigen Siedlungsstruktur aus regionaler Sicht sind eine durchmischte Nutzung, eine Verdichtung der Siedlungsstrukturen sowie regional gut verteilte Zentren.

Unter Verdichtung werden eine Intensivierung der Raum- und Flächennutzung sowie kompaktere bauliche Strukturen als Alternative zum Ausufernden der Siedlungen (Zersiedelung) verstanden. Solche Strukturen begünstigen ein attraktives Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln und die sparsame Nutzung der endlichen Ressource Boden. Sie minimieren auch die Kosten für die technische und soziale Infrastruktur und erleichtern das Aufrechterhalten der Nahversorgung durch fußläufige Distanzen.

Unter dezentraler Konzentration wird ein räumliches Organisationsprinzip verstanden, das die Widmungen von Baugründen auf Siedlungsschwerpunkte konzentriert. Eine solche Konzentration schafft bessere Voraussetzungen für die Bündelung des Verkehrs und der umweltgerechten Ver- und Entsorgung. Die

dezentrale Konzentration der Siedlungsentwicklung verringert auch das Konfliktpotential zu anderen Bodennutzungen wie etwa der Landwirtschaft, hochrangigem Verkehr oder Industrie und Gewerbe aufgrund diverser Emissionen (Geruch, Lärm etc.) und ermöglicht das Aufrechterhalten von Freiräumen mit mehreren Nutzungsoptionen. Auf die beträchtlichen Einsparungspotentiale für die öffentlichen Haushalte wurde bereits eingegangen.

Als Vorrangzonen für die Siedlungsentwicklung werden

- einerseits Siedlungsschwerpunkte (mit unterschiedlicher zentralörtlicher Einstufung)
- andererseits Bereiche mit innerstädtischer Bedienungsqualität im öffentlichen Personennahverkehr sowie entlang der Hauptlinien des öffentlichen Personennahverkehrs

festgelegt.

Im Regionalplan wird der aktuelle Bestand an ÖV-Verbindungen ersichtlich gemacht. In der Umsetzung der örtlichen Raumplanung sind die jeweils aktuellen Daten zur Bedienungsqualität und somit zur Einstufung als Hauptlinie heranzuziehen.

Planungsmethodik

Die Siedlungsschwerpunkte (Regionales und Teilregionales Zentrum, Siedlungsschwerpunkt) werden im Regionalplan nicht räumlich exakt abgegrenzt, sondern mittels (Stern-) Signatur dargestellt. Sie bezeichnen Gebiete mit bestehenden Versorgungseinrichtungen (Verwaltung, Bildung, private Dienstleistungseinrichtungen) und werden entsprechend ihrer zentralörtlichen Funktion (Größenunterschied) dargestellt. Die räumliche Umsetzung und Konkretisierung hat im Rahmen der örtlichen Raumplanung zu erfolgen.

Ableitung der Siedlungsschwerpunkte im Regionalplan:

Regionale Zentren und Nebenzentren werden aus dem Landesentwicklungsprogramm der Steiermark übernommen. Die Planungsmethodik zur Festlegung der Teilregionalen Zentren wird oben näher erläutert. Als Siedlungsschwerpunkte werden in den übrigen Gemeinden die jeweiligen Hauptsiedlungsbereiche herangezogen.

Ableitung der Hauptlinien des öffentlichen Personennahverkehrs:

Für die Definition der Hauptlinien des öffentlichen Verkehrs ist die aktuelle Bedienungshäufigkeit der Haltestellen heranzuziehen. Als Hauptlinie gilt dabei eine Linie, an der Haltestellen einen 1-Stundentakt von Montag bis Freitag von 6 – 21 Uhr (auch in Ferienzeiten) aufweisen. Sofern Haltestellen einen durchschnittlichen 1-Stundentakt durch Kombination von Zug- und Busabfahrten erreichen, wird die Bahnlinie als Hauptlinie des öffentlichen Verkehrs dargestellt. Diese Bedienungsqualität ist nicht als Kriterium für den ÖV im Zusammenhang mit der Festlegung von Siedlungsschwerpunkten nach dem Steiermärkischen Raumordnungsgesetz zu sehen; diese Bedingung gilt nur für die erhöhte Bebauungsdichte von 0,3 im Haltestelleneinzugsbereich.

Ableitung der Bereiche mit innerstädtischer Bedienungsqualität im öffentlichen Verkehr:

Innerstädtische Bedienungsqualität im öffentlichen Verkehr wird im Regionalen Entwicklungsprogramm als Viertelstundentakt im Zeitraum von 06:00 bis 21:00 Uhr definiert. Zur Ermittlung der entsprechend versorgten (Wohn-) Gebiete wird ein 300m- Radius um die Haltestellen herangezogen.

Wie bei den Hauptlinien des öffentlichen Personennahverkehrs (s.o.) werden die Bereiche im Regionalplan mit aktuellem Stand des Inkrafttretens der Verordnung ersichtlich gemacht, für die konkrete Umsetzung in der örtlichen Raumplanung sind jedoch die aktuellen Haltestellen zum jeweiligen (späteren) Planungszeitraum heranzuziehen.

5.5 Industrie und Gewerbe

Die industriell-gewerbliche Ausrichtung der Region Obersteiermark Ost ist überdurchschnittlich hoch, wobei die Metall- und die Werkstoffindustrie dominieren. Die Region wird weiters durch einige international tätige Großbetriebe geprägt. Daneben gibt es aber auch eine Vielzahl kleinerer und mittlerer Unternehmen.

Insgesamt bildet die Region in Kombination mit der hohen Dichte an wirtschaftsrelevanten Forschungseinrichtungen (Montanuniversität Leoben, FH Joanneum in Kapfenberg usw.) einen Wirtschaftsstandort von internationaler Bedeutung. In der Verordnung des Regionalen Entwicklungsprogramms wird daher das öffentliche Interesse an der Standortsicherung und der Erweiterungsmöglichkeit dieser Standorte explizit in den Zielen des § 2 genannt.

Die Region bemüht sich seit vielen Jahren gemeindeübergreifend um eine abgestimmte Standortentwicklung, um den ansässigen Unternehmen Entwicklungsoptionen sowie Neuansiedlungen von Betrieben zu ermöglichen.

Aufgrund der negativen demographischen Entwicklung in der Region wird die Verfügbarkeit von Facharbeitskräften zunehmend als limitierender Faktor wahrgenommen. Standortstrategien sind daher in hohem Maße als ganzheitliche Strategien zu konzipieren, um auch zukünftigen Generationen einen attraktiven Lebensraum zum Arbeiten und Wohnen bieten zu können.

GEMEINDEFUNKTIONEN, REGIONALE INDUSTRIE- UND GEWERBESTANDORTE, VORRANGZONEN FÜR INDUSTRIE UND GEWERBE

Die hochrangigen Wirtschaftsstandorte der Region finden sich in den Tallagen entlang der Hauptverkehrslinien (Schnellstraßen und Autobahnen, Bahnlinien). In Summe kann von einem beinahe durchgängigen Siedlungsband gesprochen werden, wobei sowohl Wirtschaftsstandorte als auch Wohnstandorte, Orts- und Stadtkerne sowie Handelsflächen dicht aneinandergereiht liegen. Bei der Flächenwidmung müssen sich die Gemeinden an den topographisch bedingt knappen Raumreserven orientieren.

Zusätzlich ist zur Nutzung der bestehenden Potentiale an industriell-gewerblichen Standorten ein konsequenter Einsatz an bodenpolitischen Instrumenten notwendig. So ist wesentliches Augenmerk auf die Verfügbarmachung und Aufschließung bereits gewidmeter Standorte zu richten. Großflächige Neuausweisungen sind nur an den dafür bestgeeignetsten Standorten sinnvoll. Freiwillige Gemeindekooperationen zum Betrieb und zur Vermarktung gemeinsamer Standorte sind in diesem Bereich richtungsweisend. Die regionalwirtschaftlich positiven Effekte der industriell-gewerblichen Entwicklung werden dadurch tendenziell verstärkt, negative Wirkungen, wie hohe Aufwendungen für die Infrastruktur oder Umweltbelastungen reduziert.

Zur Aufrechterhaltung der industriell-gewerblichen Struktur der Planungsregion und Sicherung hochwertigster Betriebsstandorte werden im Regionalen Entwicklungsprogramm

- einerseits Regionale Industrie- und Gewerbestandorte
- andererseits räumlich definierte Vorrangzonen für Industrie und Gewerbe festgelegt.

REGIONALE INDUSTRIE- UND GEWERBESTANDORTE

Die Einstufung einer Gemeinde als regionaler Industrie- und Gewerbestandort erfolgt auf Basis eines vorhandenen überdurchschnittlichen Besatzes mit Industrie- und Gewerbebetrieben von regionaler Bedeutung und/oder eines hohen Entwicklungspotentials.

Zur Nutzung der bestehenden Chancen ist eine konsequente Ordnungsplanung (z.B. Freihaltung geeigneter Flächen, Schutz natürlicher Ressourcen im Umfeld und Beachtung möglicher Immissionsgefährdungen) erforderlich.

VORRANGZONEN FÜR INDUSTRIE UND GEWERBE

Zur Sicherung und Freihaltung von potentiellen großflächigen Entwicklungsstandorten mit regionaler bzw. überregionaler Bedeutung werden im Regionalplan räumlich definierte Vorrangzonen für Industrie und Gewerbe ausgewiesen:

- Kapfenberg
- Krieglach
- Müzzuschlag
- Pernegg an der Mur
- St. Barbara im Mürztal
- St. Lorenzen im Mürztal
- St. Michael in Obersteiermark
- Traboch

Planungsmethodik

Regionale Industrie- und Gewerbestandorte sind nicht im Regionalplan dargestellt, die Vorrangzonen für Industrie und Gewerbe sind räumlich abgrenzt.

Bei der Vergabe des Prädikats "Regionaler Industrie- und Gewerbestandort" werden neben den Standortgemeinden der festgelegten Vorrangzonen auch Gemeinden mit großflächigem Besatz an Betrieben berücksichtigt.



Zur Abgrenzung der Vorrangzonen für Industrie und Gewerbe wurden grundsätzlich die im Rahmen von RESTBUL (SCHRENK, REGIONALCONSULTING, 2005) identifizierten bzw. untersuchten hochrangigen Betriebsstandorte herangezogen. Die Bewertung der Betriebsstandorte in der Studie erfolgte dabei in einem zweistufigen Verfahren: Zuerst wurden auf regionaler Ebene Standorträume identifiziert, die überregionale Bedeutung aufweisen. Anschließend erfolgte eine Erhebung und Beurteilung konkreter Standorte innerhalb dieser Standorträume.

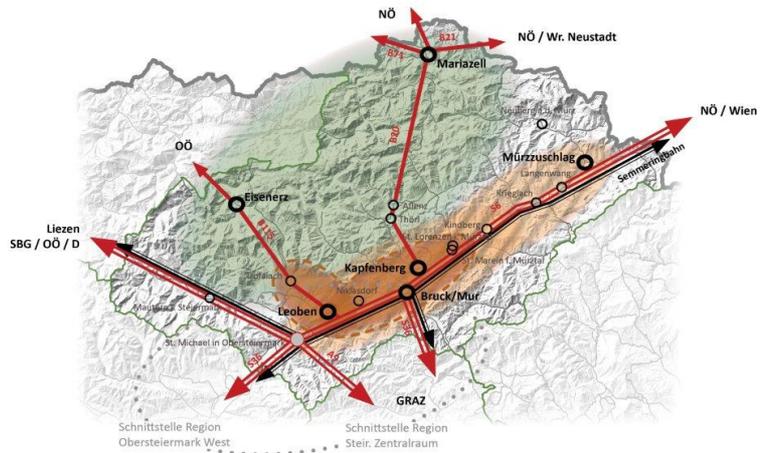
Diese Ergebnisse wurden mittels der Flächenwidmungs- und Entwicklungspläne sowie vor Ort auf weitere Kriterien (Grundwasser, Schutzgebiete) und auf ihre Aktualität hin überprüft. Als Flächenansprüche in die weitere Konfliktbereinigung gehen Flächen ein, die als überregional oder landesweit bedeutend bewertet werden.

5.6 Verkehr

Die Ausstattung mit Verkehrsinfrastruktur hat über die Erreichbarkeit, aber auch über verschiedene belastende Emissionen (Lärm, Luftschadstoffe, Zerschneidungswirkung und visuelle Beeinträchtigungen) wesentliche Auswirkungen auf die Standortqualitäten der Region. Eingriffe in die Verkehrsstruktur der Region können sowohl auf Seite der Infrastruktur selbst (etwa durch Prioritätensetzung von Projekten) aber auch durch die Gestaltung von Siedlungsstrukturen erfolgen, da nicht nur die Verkehrsnetze selbst, sondern auch die Verteilung der Zentren, Siedlungen und sonstigen Infrastrukturen (konzentrierte touristische Infrastruktur etc.) die Verkehrsstruktur der Region beeinflussen und Verkehrsströme induzieren können.

Die Region ist sehr gut an das nationale hochrangige Verkehrsnetz angebunden: entlang des Hauptsiedlungsraumes verläuft vom Wiener Zentralraum kommend die S6 über den Semmering bis St. Michael i.O. Hier erfolgt die Anbindung an die A9 Pyhrnautobahn (Linz – Graz), Richtung Westen führen die S36 und B317 in den Kärntner Zentralraum.

Innerregional sind die B20 nach Mariazell und die B115 Eisenstraße von Bedeutung, weitere Landesstraßen erschließen die Region.



Aufgrund der alpinen Lage und den schwierigen Witterungsbedingungen bildet die Instandhaltung der Infrastruktur (Straßen, Brücken und Tunnel) eine große Herausforderung für die Region bzw. die Straßenerhalter.

Auch das österreichische Bahnnetz bildet in der Region einen Schnittpunkt: vom Knoten Bruck an der Mur verlaufen die Bahnlinien über den Semmering Richtung Wien und Richtung Süden nach Graz und Slowenien. Richtung Westen führen die Linien über St. Michael i.O., Knittelfeld, Judenburg, Unzmarkt und über den Neumarkter Sattel Richtung Kärnten sowie über St. Michael auf die Pyhrnroute über Selzthal Richtung Linz oder durch das Ennstal Richtung Bischofshofen - Salzburg.

Aktuell wird die Einführung eines S-Bahn-Taktes in der Region vorbereitet, um einerseits innerregional eine bessere Erreichbarkeit im öffentlichen Verkehr entlang des Hauptsiedlungsraumes zu gewährleisten und andererseits eine Verbesserung der Anbindung an den Grazer Zentralraum ab Bruck an der Mur umzusetzen. In der Region wird intensiv an dem Ausbau des S-Bahn-Netzes gearbeitet, um die Stärken der „Stadtregion Leoben, Bruck an der Mur und Kapfenberg“ bestmöglich zu nutzen.

Mit der Fertigstellung des Semmering-Basistunnels erfolgt eine weitere Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur. Der baltisch-adriatische Korridor führt zukünftig dann nicht mehr über Leoben, sondern wird durch den Bau der Koralmbahn von Wien kommend ab Bruck an der Mur Richtung Süden über Graz und die Koralmbahn Richtung Oberitalien geleitet.

PLANUNGSKORRIDORE

Wichtige Projekte der Verkehrsinfrastruktur sind im Bereich der Bahn:

- der Semmering-Basistunnel
- angrenzend an die Region der Ausbau der Schleife Selzthal.

Über einzelne Infrastrukturprojekte hinausgehend sollen in einem Regionalen Mobilitätsplan in Zusammenarbeit zwischen dem Land Steiermark und der Region Maßnahmen zur Verbesserung der Mobilität in der Region erarbeitet werden.

5.7 Land- und Forstwirtschaft

Aufgrund des verstärkten Wettbewerbs innerhalb der Landwirtschaft (ausgelöst durch erhöhte Spezialisierung, Industrialisierung und Globalisierung), sowie des Verdrängungsdrucks durch Baulandwidmungen, Infrastrukturausbau und Rohstoffgewinnung kommt es immer mehr zum Rückzug der Landwirtschaft. Zusätzlich machen periphere Baulandwidmungen Verkehrswege und andere Infrastruktureinrichtungen notwendig, welche die verbliebenen landwirtschaftlichen Flächen zerschneiden und so deren rationelle Bewirtschaftung erschweren.

Dass die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen bzw. die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe trotz zum Teil sehr guter natürlicher Produktionsbedingungen stetig abnimmt, ist neben dem erhöhten

Wettbewerb und dem Verdrängungsdruck auch auf die aktuelle Struktur der Landwirtschaft im Planungsgebiet zurückzuführen.

LANDWIRTSCHAFTLICHE VORRANGZONEN

Die Sicherung der insbesondere in den Talböden gelegenen landwirtschaftlichen Gunstlagen kann in der Regionalplanung durch Ausweisung und Freihaltung von Flächen, die sich für eine landwirtschaftliche Nutzung besonders gut eignen, gewährleistet werden. Diese Flächen erfüllen jedoch auch, wie es der gesellschaftspolitischen Neupositionierung der Landwirtschaft im Alpenraum als multifunktionaler Wirtschaftszweig entspricht, Funktionen des Wasserrückhalts und der Retention bei Starkniederschlagsereignissen, bereichern das ökologisch wichtige Grünsystem im ansonsten relativ intensiv genutzten und teils versiegelten Talboden. Darüber hinaus dienen sie der Raumgliederung durch die Trennung unterschiedlicher Ortschaften, etc.

Planungsmethodik

Basis für die Abgrenzung der bisherigen landwirtschaftlichen Vorrangzonen war ein GIS-Modell zur Erfassung der Leitfunktion Landwirtschaft (GRIESSER 1999). Darin wurden die Flächen nach der Einschränkung des Untersuchungsgebietes mittels Ausschlusskriterien auf Basis der Kriteriengruppen agrartechnische Produktionsvoraussetzungen (Bodenkennzahl, Flächengröße, Hangneigung) und klimatische Produktionsvoraussetzungen (Höhenlage, Exposition) auf ihre Eignung für Ackerbau und Grünlandnutzung hin überprüft. Flächen mit besonders hohen Nutzwertpunkten aus diesem Modell (über 180 für Grünlandwirtschaft) wurden vor Ort überprüft, und auf Orthophotobasis abgegrenzt. In die weitere Bearbeitung gingen Flächen über 10 ha Größe ein.



In einer Adaptierung dieses Modells wurden die Bodenklimazahlen als grundstücksbezogene Ergebnisse der Finanzbodenschätzung in das bestehende Modell integriert sowie eine Neugewichtung aller verwendeten Indikatoren der Nutzwertanalyse durchgeführt (IRUB, 2007).

Anhand der Ergebnisse aus der Adaptierung des Modells wurde eine Evaluierung der bisher festgelegten landwirtschaftlichen Vorrangzonen vorgenommen, welche unter Berücksichtigung der

Örtlichen Planungen die Grundlage für etwaige Neuabgrenzungen der bisher festgelegten landwirtschaftlichen Vorrangzonen bildet.

5.8 Freiraumentwicklung/Landschaft

BIOTOPSCHUTZ UND BIOTOPVERNETZUNG

Auf den für die Besiedelung besonders geeigneten Flächen herrscht starker Nutzungsdruck, bzw. sind die intensiv genutzten Talbereiche stark ausgeräumt. Deshalb sind die verbleibenden Retentionsräume und hochwertige Lebensräume für die Tier- und Pflanzenwelt besonders gefährdet. Deren Werte und Potenziale müssen daher bereits bei der Planung diverser Nutzungen berücksichtigt werden.

Bei Anwendung eines regionalen Maßstabes muss sich eine Flächensicherung ökologisch wertvoller Bereiche auf große zusammenhängende überörtlich bedeutsame Gebiete beschränken. Das grobe Netz von Grünzonen dieses Entwicklungsprogramms (Abgrenzung im Regionalplan M: 1:50.000) bedarf daher einer Verdichtung auf örtlicher Ebene. Dabei soll von den Biotopen ausgehend, eine Vernetzung landschaftstypischer Strukturelemente auf örtlicher Ebene erfolgen.

WALDANTEIL UND WALDAUSSTATTUNG

Der Waldanteil in der Planungsregion liegt deutlich über dem Durchschnitt der Steiermark. In den Tallagen besteht jedoch hoher Nutzungsdruck (Siedlung, Infrastruktur, Freizeit und Erholung), sodass abgesehen von Uferstreifen entlang der Flüsse kaum zusammenhängende Freiräume bestehen.

ÖKOLOGISCHE KORRIDORE

Dies zeigt sich auch in der Analyse der ökologischen Vernetzung der regionalen Freiräume. Aufgrund der Verkehrsinfrastruktur und der zusammenhängenden Siedlungsbereiche bildet das Mur- und Mürztal für Wanderungsbewegungen (auch im internationalen Kontext) eine sehr starke Barriere. Nur wenige Nord-Süd-Querungsmöglichkeiten sind noch funktionsfähig, wobei laufende Nutzungserweiterungen diese schmalen Korridore zunehmend in ihrer Funktion schwächen.

Als erforderliche Breite von Korridoren zwischen verbauten Gebieten sollen rund 500 bis 1000 m angestrebt werden, um ein gutes Genflusspotenzial sicherzustellen. Wo dies wegen Bebauung oder unveränderbarer Baulandwidmung nicht möglich ist, lässt sich durch die zielorientierte Gestaltung einer ökologischen Korridor-Mindestfunktion auch bei geringerer Breite sicherstellen. Bei entsprechender Gestaltung kann auch ein schmaler Korridor mit nur 250 - 300 m Breite für zahlreiche Tierarten ausreichend sein (VÖLK ET AL 2001).

Im Regionalplan werden die aktuell vorhandenen Korridore ersichtlich gemacht, wobei die o.a. Mindestbreite in den meisten Fällen nicht mehr erreicht wird. Meist benötigen Korridore sogar einzelne konkrete Brücken oder Unterführungen, um überhaupt eine Durchgängigkeit über Autobahn, Bahnlinie und Straßen sowie zwischen Siedlungs- und Freizeitnutzungen zu erreichen.

In den aktuellen Waldentwicklungsplänen der Landesforstdirektion des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung sind unter dem Titel „Lebensraumkorridore“ weiterführende Informationen mit detaillierter Beschreibung und Darstellung einzelner Korridore enthalten.

KLEINKLIMATOLOGISCHE FREIHALTEBEREICHE

Praxisorientierte Klimakarten für Zwecke der Raumplanung, Lufthygiene sowie Bio- und Agrarklima haben in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen, insbesondere im Zusammenhang mit der Festlegung der Feinstaubsanierungsgebiete in der Steiermark. Die Berücksichtigung klimarelevanter Parameter wirkt sich – insbesondere in Ballungsräumen – positiv auf die Luftqualität und somit auf das Wohnumfeld aus.

Für dicht bebaute Siedlungsgebiete ist die Frischluftzufuhr aus höhergelegenen Teilen der Region sowie aus Gebieten mit erhöhtem Waldanteil von großer Bedeutung. Die Sicherung der möglichst freien Durchlüftung entlang der Talschaften ist daher als Ziel in die überörtliche und örtliche Raumordnung zu integrieren.

LANDSCHAFTSRÄUMLICHE EINHEITEN

Die Planungsregion ist landschaftsräumlich nicht als Einheit zu sehen, sondern verfügt über vielfältige unterschiedliche Bereiche, die in einer (steiermarkweiten) Typisierung zu landschaftsräumlichen Einheiten zusammengefasst sind (Grundlage: RETTENSTEINER ET AL. 2003).

Für diese Teilräume liegen unterschiedliche planerische Problemsituationen vor, auf die mit angepassten Zielvorgaben Bezug genommen wird. Es handelt sich dabei um eine großräumige Betrachtung (Bearbeitungsmaßstab 1:100.000).

BERGLAND ÜBER DER WALDGRENZE UND KAMPFWALDZONE

Der Bereich über der Waldgrenze ist insgesamt sehr sensibel gegenüber Geländeänderungen oder baulichen Eingriffen. Dieser Teilraum umfasst in der Planungsregion im Wesentlichen die Hochlagen der Kalkalpen (z.B. Hochschwab) sowie kleinere Bereiche in den Gipfellagen der Fischbacher Alpen.

FORSTWIRTSCHAFTLICH GEPRÄGTES BERGLAND

Dieser Landschaftstyp ist überwiegend bewaldet mit dazwischen liegenden kleineren Grünlandgebieten. Unter planerischen Gesichtspunkten ist dieser Landschaftstyp durch seine periphere Lage, seine geringe Besiedelung

sowie durch den Rückzug der Landwirtschaft mit einer dadurch zunehmenden Verwaldung gekennzeichnet. Die Region ist in weiten Teilen geprägt von diesem Landschaftstyp.

GRÜNLANDGEPRÄGTES BERGLAND

Dieser Landschaftsraum ist charakterisiert durch ein abwechslungsreiches Erscheinungsbild mit einer Mischung aus landwirtschaftlich genutzten Flächen, Wald- und Waldrandbereichen sowie Landschaftselementen wie Baumreihen und Ufergehölzen. Darin eingebettet liegen Weiler und Einzelgehöfte, aber auch dörfliche Strukturen und Ortsgebiete. Diese landschaftliche Attraktivität soll durch die Konzentration der Siedlungsentwicklung auf die bestehenden Baugebiete und durch eine angepasste Baukörpergestaltung bewahrt werden. Dieser Landschaftsraum schließt meist nach unten an die durchgehenden Waldbänder der Hanglagen der Planungsregion an.

GRÜNLANDGEPRÄGTE BECKEN, PASSLANDSCHAFTEN UND INNERALPINE TÄLER

Dieser Landschaftsraum umfasst in der Planungsregion die Gunstlagen der Täler sowie die weiteren Flächen bei Trofaiach und im Aflenzer Becken. Sie weisen aufgrund ihres humiden Klimas und des Grundwassereinflusses trotz flacher und großer landwirtschaftlich nutzbarer Flächen, einen hohen Dauergrünlandanteil auf. Die Landschaftsstruktur zeigt sich stark menschlich geprägt und ist durch Siedlungen, Siedlungssplitter und vor allem Verkehrsinfrastrukturen stark zerschnitten.

SIEDLUNGS- UND INDUSTRIELANDSCHAFTEN

Größere zusammenhängende Siedlungsbereiche werden der Kategorie Siedlungs- und Industrielandschaften zugeordnet. Es sind dies Verdichtungsräume, die ökologisch hochgradig zerschnitten sind. Fließgewässer bilden oft letzte kleine Korridore durch die großteils versiegelten Flächen. Teilweise zeigen sich städtebauliche Probleme wie hohe Lärm- und Schadstoffbelastungen, geringe Grünflächenausstattung und ein damit einhergehender mangelnder Wasserrückhalt vor Ort sowie wenig attraktive Erscheinungsbilder der Stadtränder (Ortseingänge).

Siedlungs- und Industrielandschaften haben einen sehr hohen Anteil an versiegelten und bebauten Flächen, die durch ein enges Netz von Straßen und Wegen miteinander verbunden sind. Diese Räume verfügen somit über eine hohe Verkehrswegedichte und sind überwiegend mit einem guten öffentlichen Verkehrsnetz ausgestattet. Es werden private und öffentliche Dienstleistungen konzentriert angeboten, die auch der Versorgung der Bevölkerung in den umliegenden Siedlungsräumen dienen.

Durch die verschiedenen Entwicklungstrends der letzten Jahre zeigen sich in den einzelnen Siedlungs- und Industrielandschaften vermehrt städtebauliche Probleme wie:

- Hohe Lärm- und Schadstoffbelastung durch erhöhten motorisierten Individualverkehr
- Bandartiges Zusammenwachsen von Siedlungsgebieten entlang der Verkehrsachsen.

BERGBAULANDSCHAFTEN

Als Bergbaulandschaften werden in der Steiermark der Erzberg sowie die großflächigen Kohlereviere im Raum Köflach klassifiziert. Sie bilden einzigartige, künstliche Landschaften, die – wie im Besonderen der Erzberg – ein landschaftliches Alleinstellungsmerkmal darstellen.

VORRANGZONE GRÜNZONE

Als Grünzonen werden in der Region Obersteiermark Ost Reste an Freiräumen in den intensiv genutzten Talräumen festgelegt.

Im Bereich von Grünzonen werden Wohlfahrtsfunktionen (Boden-, Arten-, Biotop-, Landschafts- und Grundwasserschutz) erfüllt. Zudem erbringen diese Flächen Leistungen im Rahmen der Naherholung und/oder Schutzfunktionen (Retention oder Abfluss von Hochwässern).

Im Rahmen der örtlichen Raumplanung sollen die bestehenden Grünzonen zur Abschwächung von Isolationseffekten durch flächige und linienförmige Verbindungen ("Korridore") sowie durch ein System von Zusatzflächen ("Trittsteine") verdichtet und vernetzt werden. Nur wenn potenzielle Rückzugs- und Wiederausbreitungsgebiete miteinander verbunden sind, ist etwa der langfristige Erhalt der Vielfalt an Arten und Lebensgemeinschaften gewährleistet.

Planungsmethodik:



Basis für die Abgrenzung der Grünzonen sind landschaftsräumlich und landschaftsökologisch wertvolle Bereiche, Natura 2000 Europaschutzgebiete im Dauersiedlungsraum, nationale und landesspezifische Schutzgebiete, abgegrenzte Hochwasserüberflutungsbereiche, sowie aktuelle vorliegende Biotopkartierungen.

Darüber hinaus liegt eine landesweite Untersuchung der Funktionen Ökologie, Lebensraumvernetzung, Naherholung und Wohlfahrtsfunktion als Ergebnis des Projektes NATREG – Steiermark vor. Damit lassen sich regional bedeutsame Freiräume ausweisen bzw. die bestehenden Grünzonen fachlich evaluieren und argumentativ vertiefen.

5.9 Rohstoffgewinnung

Jede/r ÖsterreicherIn verbraucht im Jahr rund 12 Tonnen fester mineralischer Rohstoffe, das sind insgesamt über 100 Mio. Tonnen. Als mineralische Rohstoffe sind dabei zu verstehen: Sand, Kies, Naturstein, Kalk, Lehm, Ton, Mergel, Schiefer, Gips und Industrieminerale.

In Anbetracht der Kosten und der Umweltbelastungen durch Transport und des sehr hohen Verbrauchsvolumens kann auf die Gewinnung aus verbrauchernahen Lagerstätten ohne Konsequenzen nicht verzichtet werden. Die Gewinnung von mineralischen Rohstoffen führt allerdings – selbst bei technisch, ökologisch, rechtlich und wirtschaftlich einwandfrei durchgeführten Bergbautätigkeiten - zwangsläufig zu zumindest zeitlich begrenzten Beeinträchtigungen des Landschaftshaushaltes sowie zu Belastungen von eventuellen AnrainerInnen. Wesentliche Belastungen gehen mit dem Transport der Rohstoffe vom Bergbau zum Verbraucher einher. Beachtenswert ist hierbei, dass die Abnahme der Gewinnungsstandorte zwangsläufig zu einer Erhöhung der Transportentfernungen und damit der Umweltbeeinträchtigungen führt.

Insgesamt zeigt sich ein Konfliktpotential dieser Bereiche zu bestehenden Siedlungsgebieten, Tourismusentwicklung, Landschaftsbild und Gewässerschutz. Zur Sicherstellung eines geordneten Rohstoffabbaus unter Minimierung von negativen Auswirkungen für Wohnbevölkerung und Umwelt ist die Freihaltung entsprechender Abstandsflächen (300m-Bereiche) um Rohstoffvorrangzonen erforderlich.

Die Ableitung von Rohstoffvorrangzonen ist in engem Zusammenhang mit den Bestimmungen des Mineralrohstoffgesetzes (Bundeskompetenz) zu sehen. So können – bewilligt durch das MinroG als Bundesgesetz – auch Abbauten in Gebieten getätigt werden, die nicht als Rohstoffvorrangzonen im Regionalen Entwicklungsprogramm festgelegt werden.

Grundlage für die Ausweisung von Vorrangzonen für die Rohstoffgewinnung sind die Ergebnisse des Rohstoffplanes Österreich (BMWJF) und des Projektes Rohstoffsicherung Steiermark.

Die Lagerstätten werden entsprechend ihrer Wertigkeit und ihrem eventuellen Konfliktpotential (andere Materiengesetze wie Forstgesetz, Naturschutzgesetz etc., Nähe zu sensiblem Bauland) weiter untersucht und eingeschränkt und letztendlich einer Konfliktbereinigung im Zusammenhang mit anderen REPRO-relevanten Flächenansprüchen (Grünzone etc.) unterzogen.

Mit Rohstoffvorrangzonen werden jene Flächen geschützt, deren Nutzung aufgrund hochwertiger Lagerstätten bzw. wegen eines relativ geringen (zu erwartenden) Konfliktpotenzials hinsichtlich anderer Bodennutzungen oder wegen einer Minimierung der Umweltauswirkungen im Interesse des Landes steht. Die Aufgabe des Regionalen Entwicklungsprogramms ist hierbei vor allem die Freihaltung dieser Flächen von Nutzungen, die die Rohstoffgewinnung verhindern könnten.

Der Schutz von ausschließlich bereits genehmigten Abbaugebieten ist daher nicht vorgesehen.

Die langfristige Sicherung von Rohstoffvorkommen außerhalb von Rohstoffvorrangzonen wird darüber hinaus durch Festlegungen, welche die Freihaltung von Bebauung inkludieren, implizit umgesetzt.

Den Gemeinden wird die Möglichkeit eingeräumt, in landwirtschaftlichen Vorrangzonen sog. Abbaugebiete gem. MinroG als Sondernutzung im Freiland festzulegen.

Die geordnete Nachnutzung der Abbaubereiche ist ein zentrales Anliegen der Raumplanung, da diese Nutzung den längsten Zeitraum umfasst. Die Art der Nachfolgenutzung hat entsprechend der Sensibilität des umliegenden Raumes zu erfolgen. Um bedeutende Entwicklungschancen zu nutzen, ist es erforderlich, bereits bei der Einreichplanung von Abbauvorhaben neben den technischen Anforderungen auch die organisatorisch/wirtschaftlichen Voraussetzungen zu berücksichtigen.

Planungsmethode

Zur Evaluierung der bisher definierten Rohstoff-Vorrangzonen wurden vom BMWJF die Daten zum Rohstoffplan zur Verfügung gestellt. Die Sicherungswürdigkeit der einzelnen Lagerstätten für den Rohstoffplan im geologischen und bergwirtschaftlichen Sinn wird primär durch den Wertinhalt (Qualität und Quantität) und die Bonität der Lagerstätten bzw. deren Bedeutung (lokal, regional, überregional) definiert.

Für die Evaluierung der bisher festgelegten Zonen wurden die Bereiche für Sand und Kies bzw. für feste Rohstoffe mit dem Rohstoffplan Österreich abgeglichen (nur hohe Wertigkeiten).

Als Vorrangzone werden nur große zusammenhängende Areale ausgewiesen. Bereits bestehende genehmigte Abbaue werden grundsätzlich nicht als Rohstoffvorrangzone festgelegt, da in diesen Fällen das Freihalten von anderen Nutzungen nicht mehr erforderlich ist.

6 Anhang und Anlagen zur Verordnung

- Umweltbericht. Der im Rahmen der strategischen Umweltprüfung erstellte Umweltbericht liegt als gesondertes Dokument bei.
- Anlage 1: Regionalplan (M. 1:50.000). Der Regionalplan liegt in 25 Teilblättern im Format DIN A3 mit Blattschnitt in einer gesonderten Mappe vor.
- Anlage 2: Landschaftsräumliche Einheiten (M. 1:100.000). Der Plan zu „Landschaftsräumlichen Einheiten“ liegt in 9 Teilblättern im Format DIN A3 mit Blattschnitt in einer gesonderten Mappe vor.